

# Jahresbericht

Geschäftsjahr

**2001**

des Deutschen Exekutivdirektors

**Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung - IBRD  
Internationale Entwicklungsorganisation - IDA  
Internationale Finanzkorporation - IFC  
Multilaterale Investitionsgarantie-Agentur - MIGA  
Internationales Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten -  
ICSID**



**Büro des Deutschen Exekutivdirektors bei der Weltbank  
Washington D.C.  
September 2001**

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>1. Zusammenfassung für den eiligen Leser</b>	<b>1</b>
<b>2. Die wichtigsten Themen des Geschäftsjahres 2001</b>	<b>5</b>
2.1 Die Weltbank in der öffentlichen Diskussion	5
2.2 Die Strategische Ausrichtung der Weltbank in der Post-Strategic Compact Ära	6
2.3 Die Rolle der Weltbank in Ländern mittleren Einkommens	8
2.4 Sonstige wichtige Themen	10
2.4.1 Globale Öffentliche Güter und der Beitrag der WB zur HIV/AIDS-Bekämpfung	10
2.4.2 Internationaler Handel und Entwicklung	12
2.4.3 Fortschritte bei der Umsetzung der HIPC-Initiative	13
2.4.4 Harmonisierung von Politiken, Strategien und Verfahren	13
2.4.5 „Poverty Reduction Support Credit“ (PRSC) als neues Instrument	15
2.4.6 IDA 13 Wiederauffüllungsverhandlungen	16
2.4.7 Tschad-Kamerun-Pipeline-Projekt	16
2.4.8 Weltentwicklungsbericht 2002	18
2.4.9 Die Bundesrepublik Jugoslawien als neues Mitgliedsland der WB	19
2.4.10 Safeguards	20
2.4.11 Geldwäsche	21
2.4.12 Konfliktmanagement	21
<b>3. Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft</b>	<b>22</b>
<b>4. Deutsche Mitarbeiter in der Weltbankgruppe</b>	<b>25</b>
<b>5. Geschäftstätigkeit der Weltbankgruppe</b>	<b>29</b>
5.1 IBRD und IDA	29
5.2 IFC	30
5.3 MIGA	31

## Anlagen

1. Datenblatt IBRD/IDA
2. Datenblatt IFC
3. Datenblatt MIGA
4. Organigramme IBRD/IDA, IFC, MIGA

## 1. Zusammenfassung für den eiligen Leser

Das Geschäftsjahr 2001 (vom 1. Juli 2000 - 30. Juni 2001) der Weltbank (WB) war eingebettet in eine sich intensivierende öffentliche Diskussion –auch begleitet von zum Teil gewalttätigen Demonstrationen - über die Rolle der multilateralen Institutionen in den wirtschaftlichen Globalisierungsprozessen. Die WB wird von einigen der Demonstranten als Teil eines globalen Systems empfunden, das sie als Bedrohung und ungerecht empfinden. Es wird übersehen, dass die ohnehin stattfindende wirtschaftliche Globalisierung starke globale Institutionen wie die WB braucht, die immerhin einen gewissen Rahmen setzen und ihren negativen sozialen Auswirkungen entgegen wirken können. Außerdem wird die WB von einem Teil der Demonstranten noch immer als eine Institution wahrgenommen, die im Wesentlichen große Infrastruktur- und Staudammprojekte finanziert, die die sozialen Probleme und Umweltschäden verschärfen. Dies, obwohl sich die WB seit ca. 5 Jahren verstärkt auf die Armutsbekämpfung ausgerichtet hat (vgl. im Übrigen Ziffer 2.1, S. 4 dieses Berichtes).

Das abgelaufene Geschäftsjahr (GJ) war das erste GJ der **Nach-Compact Ära**. Entsprechend gehörten die **Umsetzung des Strategic Compact** und die **zukünftige strategische Ausrichtung** der WB zu den beherrschenden Themen im Direktorium. Nicht alle Ziele des Strategic Compact wurden bisher erreicht. Selbstkritisch wurde festgestellt, dass es teilweise an einer klaren Prioritätensetzung gefehlt habe. Außerdem wurden dem Aufgabenkatalog - oft auf Wunsch und Druck der G7 - zahlreiche neue Aufgaben hinzugefügt. Die Einhaltung des Versprechens, den letztjährigen Haushalt auf das Niveau des Jahres 1997 zurückzuführen, führte weltbankintern zu äußerst hohen Arbeitsanforderungen und belastete das Betriebsklima. In diesem Kontext wurde das Personal der WB um rund 500 Personen abgebaut. Im Mittelpunkt der Strategiediskussion stand die **Konsolidierung des Erreichten**. Im Rahmen der zum Jahreswechsel verabschiedeten Globalausrichtung der WB bilden Selektivität, Konzentration auf Prioritäten und Verbesserung der Effizienz die strategischen Eckpfeiler für das laufende und die kommenden Geschäftsjahre.

Einer der Schwerpunkte der Diskussionen über die künftige Ausrichtung der WB im letzten Geschäftsjahr war die Positionsbestimmung des Engagements der **WB in Ländern mittleren Einkommens**. Auslöser dieser Diskussion war u.a. die Empfehlung der sogenannten „Meltzer-Kommission“ aus dem letzten Jahr, dass die WB die ärmeren Entwicklungsländer in Zukunft nur noch auf Zuschussbasis unterstützen und sich aus den Ländern mittleren Einkommens ganz zurückziehen soll. Die dazu eingerichtete Task Force der WB kam zu dem Schluss, dass die WB in dieser Ländergruppe, in der 80% der Armen der Welt leben, involviert bleiben muss, wenn sie ihre Mission, die weltweite Armut nachhaltig zu mindern, auch künftig erfüllen will. Diese Auffassung wurde von allen Regierungen, die Anteilseigner der WB sind, während des Frühjahrestreffens Ende April 2001 bekräftigt. Die WB wird diese Länder daher auch in Zukunft unterstützen.

Das **Zusagevolumen von IBRD und IDA** ist im GJ 2001 um rund 11,5% auf US\$ 17,3 Mrd. gestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf eine über 50%ige Steigerung der Zusagen bei IDA zurückzuführen. Die Auszahlungen haben sich bei IDA um 6% auf US\$ 5,5 Mrd. erhöht, bei der IBRD sind sie um 13% auf US\$ 11,8 Mrd. zurückgegangen.

Die privatwirtschaftlich orientierten Organisationen der Weltbankgruppe, IFC und MIGA, konnten ihr Gesamtergebnis verbessern. Bei der IFC stieg das Zusagevolumen um 7% auf jetzt US\$ 3,7 Mrd. und bei MIGA sogar um 25% auf US\$ 2 Mrd.

### Entwicklung der Geschäftstätigkeit von IBRD, IDA, IFC und MIGA

	1999		2000		2001	
	Mio \$	% gegenüber Vorjahr	Mio \$	% gegenüber Vorjahr	Mio \$	% gegenüber Vorjahr
IBRD	22.182	+5	10.919	-51	10.487	-4
IDA	6.815	-9	4.358	-34	6.764	55
IFC	3.505	+3	3.505	0	3.742	7
MIGA	1.310	+58	1.605	+23	2.000	25

#### Sonstige wichtige Themen:

Die WB beteiligt sich zunehmend an der **Lösung globaler Entwicklungsprobleme**, die auf der Ebene einzelner Länder nicht erfolversprechend angegangen werden können und ein übernational koordiniertes Vorgehen erfordern. Sie konzentriert sich dabei auf fünf sogenannte Globale Öffentliche Güter: übertragbare Krankheiten, Umwelt, Handel und Integration, Information und Wissen sowie Finanzarchitektur. Die Bekämpfung von HIV/AIDS als eines der zentralen Globalen Öffentlichen Güter hat die WB schon vor über einem Jahrzehnt begonnen. Im GJ 2001 wurde dafür ein Mittelvolumen von US\$ 744,5 Mio. eingesetzt.

Um die Entwicklungsländer auch im **Handelsbereich** stärker zu unterstützen, hat die WB ihre Aktivitäten auf der globalen, regionalen und nationalen Ebene verstärkt. Global ist eine Zusammenarbeit u.a. mit der WTO geplant, in der im Rahmen von Forschungsarbeiten insbesondere der bisher kaum untersuchte Zusammenhang zwischen Handel und Armutsbekämpfung herausgestellt werden soll. Regional soll vornehmlich der Handel zwischen den Partnerländern gefördert werden. Auf der nationalen Ebene sollen durch Beratungen und Politikreformen die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der am wenigsten entwickelten Länder gestärkt sowie die für Handelspolitik zuständigen Institutionen gefördert werden.

23 der ärmsten Entwicklungsländer haben sich bis zum Juni 2001 für Schuldendiensterleichterungen im Rahmen der sogenannten **HIPC-Initiative** qualifiziert. Der Schuldendienst dieser Länder reduziert sich damit um ein Drittel im Vergleich zu 1999, dem letzten Jahr vor der erweiterten HIPC-Initiative. Es wird erwartet, dass sich vor allem aufgrund des HIPC-Schuldenerlasses die Sozialausgaben dieser Länder bis 2002 im Vergleich zu 1999 von US\$ 4,1 Mrd. auf US\$ 6,3 Mrd. erhöhen werden. Dieser Anstieg entspricht etwa 1,6% des BIP.

Im zurückliegenden GJ hat die WB auch mit der **Harmonisierung von Politiken, Strategien und Verfahren** begonnen. Diese wichtige Aufgabe, mit der die Verwaltungen in Entwicklungsländern wesentlich entlastet werden sollen, ist zunächst auf die Bereiche Beschaffungswesen, Finanzmanagement und Umweltanalysen

konzentriert. Die WB arbeitet zum Thema Harmonisierung u.a. auch mit der OECD-DAC Task Force zusammen.

Mit dem sogenannten „**Poverty Reduction Support Credit (PRSP)**“ ist ein neues Instrument zur Unterstützung der Umsetzung nationaler Armutsstrategien, den Poverty Reduction Strategy Papers (PRSPs), geschaffen worden. Dabei handelt es sich um eine Form der programmatischen Kreditvergabe für IDA-Länder. Der PRSP- und PRSC-Ansatz ermöglicht es allen Entwicklungspartnern, ein integriertes und umfassendes Programm zu unterstützen, das von den jeweiligen Ländern selbst entwickelt worden ist.

Bei den gegenwärtig laufenden **IDA 13** Wiederauffüllungsverhandlungen zeichnen sich die Schwerpunkte Armutsbekämpfung, mehr Beachtung von Gender-Strategien und die Berücksichtigung des Privatsektors ab. Erstmals nehmen auch IDA-Länder als Beobachter an den Verhandlungen teil.

Beim umstrittenen **Tschad-Kamerun-Ölpipeline-Projekt** bestehen weiterhin jene Risiken, die bereits bei der Projektentscheidung identifiziert wurden. Insbesondere die im September 2000 bekannt gewordene Bonuszahlung von neuen Konsortiumsmitgliedern und deren teilweise Verwendung für militärische Zwecke durch die tschadische Regierung hatte erhebliche Besorgnis ausgelöst und zu einer Intervention der WB geführt.

Der **Weltentwicklungsbericht 2002** beschäftigt sich mit der Entwicklung von Märkten und mit der Frage, welche Institutionen notwendig sind, um das Entstehen und die Effektivität von Märkten zu fördern. Die Weltbank hofft, mit dem diesjährigen WDR die Aufmerksamkeit von Forschung, Entscheidungsträgern und der interessierten Öffentlichkeit auf die Rahmenbedingungen zu lenken, unter denen Märkte funktionieren und entstehen.

Als neues Mitglied ist die **Bundesrepublik Jugoslawien** bei IBRD und IDA aufgenommen worden. Es übernimmt damit die Nachfolge der ehemaligen *Sozialistischen Bundesrepublik Jugoslawien* in der Weltbank.

Der **deutschen Wirtschaft** flossen im vergangenen GJ **Liefer- und Leistungsaufträge** aus WB- und IDA-Krediten für insgesamt US\$ 688 Mio. zu. Dies entspricht einem Anteil von rd. 8,52% an den Gesamtauszahlungen der Weltbank im abgelaufenen Fiskaljahr. Im Vorjahr waren es rd. 9,2%. Dieser leichte Rückgang bewegt sich jedoch im Mittel der letzten Jahre. Insgesamt liegt er weiterhin erheblich über dem deutschen Kapitalanteil an der Weltbank (4,61%).

Der vor einigen Jahren eingerichtete deutsche **Consultant Trust Fund** ermöglicht es, umweltrelevante Gutachten und die Vorbereitung von Umweltvorhaben zu finanzieren. Für die Jahre 2000 und 2001 wurden DM 4 Mio. zugesagt. Der Trust Fund soll deutschen Consulting-Unternehmen den Einstieg in das Geschäft mit der WB erleichtern. Die Nachfrage ist ausgesprochen gut. Es wurden bereits 13 Verträge über rd. DM 2 Mio. mit deutschen Consultants und Consultingunternehmen abgeschlossen.

Erheblichen Zuspruchs erfreut sich das vor 2 Jahren Jahr eröffnete **Büro der Weltbankgruppe in Deutschland**. Als Anlauf- und Beratungsstelle konnte das Büro den Informationsaustausch und die Beziehungen zwischen der deutschen Wirtschaft und der WB intensivieren und ausbauen.

Im GJ 2001 konnte der auch im GJ 2000 zu beobachtende leichte Aufwärtstrend des deutschen Personalanteils beibehalten werden. Die Zahl der als internationale Mitarbeiter eingestellten Deutschen stieg geringfügig von 129 auf 131. Damit erreichte der **deutsche Personalanteil erstmals seit sieben Jahren wieder die 3,0%-Marke**. Dies ist ein in absoluten wie relativen Zahlen ein gutes Ergebnis. Es bleibt aber wichtig festzuhalten, dass die im Vergleich zum deutschen Kapitalanteil an der IBRD (4,61%) letztlich noch immer unbefriedigende Repräsentanz durch den Einsatz von Personalförderungsinstrumenten weiterhin verbessert werden sollte.

## 2. Die wichtigsten Themen des Geschäftsjahres 2001

### 2.1 Die Weltbank in der öffentlichen Diskussion

In der Folge des G7/8-Gipfels in Genua Ende Juli 2001 sind erneut auch die multilateralen Finanzinstitutionen und ihre Rolle in den wirtschaftlichen Globalisierungsprozessen in die öffentliche Diskussion geraten. Dabei werden auch die Aufgaben und Funktionen der WB diskutiert, die noch immer als eine Institution wahrgenommen wird, die im Wesentlichen große Infrastruktur- und Staudammprojekte finanziert. Zu wenig ist bekannt, dass sie sich bereits in den letzten Jahren im Rahmen der wirtschaftlichen Globalisierungsprozesse neu positioniert hat und der sog. „Washington Consensus“ (1995) abgelöst wurde durch die Ausrichtung ihrer Tätigkeit und Schwerpunkte auf **Armutsbekämpfung**.

Laut einer UN-Studie verfügen die wohlhabendsten 20 Prozent der Weltbevölkerung über rund 70 Prozent des weltweiten Vermögens; die ärmsten 20 Prozent verfügen über 1,4 Prozent des globalen Wohlstands. In vielen Entwicklungsländern sind die Realeinkommen auf den Stand vor 1970 gefallen. Die größten ökonomischen Einheiten bestehen in immer mehr Konzernen und immer weniger Staaten. Die weltweiten Finanzströme haben sich weitgehend der politischen Kontrolle entzogen und von der Realwirtschaft abgekoppelt.

Eine kritische Öffentlichkeit – überwiegend in Gestalt von nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen (NROs) sowie der Wissenschaft – beobachtet, analysiert und bewertet Funktion, Aufgabe, Selbstanspruch und Wirklichkeit der Weltbankpolitik: Erfüllt sie ihre selbstgestellten Verpflichtungen (z.B. Einhaltung der safeguards), inwieweit sind die Projekte tatsächlich mit Armutsbekämpfung verbunden und umweltverträglich, ist Transparenz ihrer Entscheidungen gegeben, ist „ownership“ der Projekte in Partnerländern fester Bestandteil ihrer Politik, wird die Zivilgesellschaft in die Partizipationsprozesse einbezogen?

Eine öffentliche kritische Begleitung der Weltbanktätigkeit ist nicht nur legitim, sondern auch politisch erforderlich und wünschenswert: denn die wirtschaftlichen Globalisierungsprozesse sind mit einem **Defizit an politischer demokratischer Kontrolle** verbunden, das Experten, Politikern und Regierungen in Industrie- und Entwicklungsländern Sorgen bereitet und noch nicht zufriedenstellend gelöst ist. Die globalen wirtschaftlichen, miteinander verflochtenen Prozesse haben sich in einer solchen Geschwindigkeit entwickelt, dass die internationalen Politikgestaltungen und –regulierungen nicht in erforderlicher Masse nachgekommen sind. Kernfragen sind: in welchen politischen Legitimationskontexten bewegen sich weltweit operierende Organisationen wie die Internationalen Finanzinstitutionen und wie kann international die Politik die sich verselbständigende Ökonomie demokratisch kontrollieren?

Die mischungsreichen Überlagerungen in den Diskussionen von moralischen Gesinnungen, politischen Normen, kurz- und langfristigen Strategievorschlägen und teilweise abstrakte Negation durch Faktenunkenntnis machen rationale Diskursfortschritte schwer. Dennoch sind bei diesen Debatten Differenzierungen erforderlich: die WB und andere Internationale Finanzorganisationen sind Instrumente multilateraler politischer Abkommen zwischen Staaten und entscheiden in Zielen und

Schwerpunkten gemäß politischen, zum Teil mühsam errungenen Kompromissen zwischen den einzelnen Anteilseignern.

Es besteht kein Zweifel darüber, dass die Diskussionen über Global Governance weiter entwickelt und demokratisch transparente funktionale Strukturen geschaffen werden müssen. Dafür muss eine permanente Kooperation und Gesprächsbereitschaft zwischen Regierungen und Zivilgesellschaft in den Industrie- als auch Entwicklungsländern ermöglicht werden. Gewaltsame Auseinandersetzungen jedenfalls verbauen Brücken für den erforderlichen politischen Diskurs.

Die Bundesregierung und das deutsche ED-Büro haben mehrfach und regelmässig mit internationalen und deutschen NRO über verschiedene Fragen der Weltbankpolitik diskutiert, so z.B. über das Tschad-Kamerun-Projekt, den Ujangali-Staudamm in Uganda, über safeguards und Schwerpunktsektoren der WB.

## 2.2 Die Strategische Ausrichtung der Weltbank in der Post-Strategic Compact Ära

Mit dem 1997 verabschiedeten „Strategic Compact“ sollte die Weltbank auf die Herausforderungen der kommenden Jahre vorbereitet werden. Sie sollte schneller, effektiver, effizienter, kundennäher, partnerschaftlicher und offener werden. Das abgelaufene GJ war das erste GJ der Nach-Compact-Ära und entsprechend gehörten einerseits die Umsetzung des Strategic Compact und andererseits die zukünftige strategische Ausrichtung der Weltbank zu den am intensivsten diskutierten Fragen im Direktorium.

Nicht alle **Ziele des „Strategic Compact“** wurden bisher erreicht. Selbstkritisch stellt das Management fest, dass die Umstellung auf das Matrixsystem und das neue Managementinformationssystem noch nicht in vollem Umfang die erwarteten Effizienzgewinne gebracht haben. Teilweise fehlte es auch an einer klaren Prioritätensetzung; insgesamt wurden – allerdings oft auf Wunsch und Druck der G7 - eher neue Anforderungen dem Aufgabenkatalog hinzugefügt, als Aufgaben reduziert. Zu den positiven Veränderungen gehört vor allem die höhere Projekt- bzw. Portfolioqualität, größere Kundennähe durch Dezentralisierung sowie eine besser auf Kundenbedürfnisse zugeschnittene und breitere Produktpalette.

Alles in allem ist festzustellen, dass die heutige WB mit der WB vor 5 Jahren nicht mehr zu vergleichen ist. Aus dem einstmals fast geschlossenen Haus wurde eine Institution, die nach außen hin offen ist, Partnerschaften sucht und Veränderungsprozessen aufgeschlossen gegenüber steht. Der **Umbau zur „Knowledge-Bank“** („Wissensbank“), die als Intermediär nicht mehr nur Kapital, sondern auch „Know-how“ anbietet, ist zwar noch nicht abgeschlossen, aber die Konturen sind deutlich erkennbar. Zahlreiche maßgebliche Initiativen, Produkt- und Standardentwicklungen gehen auf die WB zurück oder werden von ihr gesteuert. Dazu gehören die auch von der Bundesregierung stark unterstützte Entschuldungsinitiative (HIPC), die Armutsbekämpfungsstrategiepapiere (PRSP) einschließlich dazugehöriger Partizipationsprozesse, die Initiative zur Verbesserung der Koordination unter den Gebern (CDF = Comprehensive Development Framework), die Internetoffensive „Global Development Gateway“, der „Prototype Carbon Fund“ sowie große Anstrengungen zur Bekämpfung von AIDS und Korruption. Außerdem sind höhere und effektivere Standards im Bereich des Umweltschutzes, die



breite Beteiligung der Bevölkerung - insbesondere der Armen – bei der Erarbeitung von Länderstrategiepapieren (CAS) sowie der Konzeption und Durchführung von Projekten und Programmen in diesem Kontext zu nennen.

Hervorzuheben ist, dass die Durchführung dieser Aufgaben unter Einhaltung des **Versprechens des Strategic Compact** geleistet wurde, dass das Volumen des Haushalts des abgelaufenen GJ dem Volumen des Haushalts des GJ 1997 entspricht. Allerdings mussten dafür Opfer gebracht werden: da die erwarteten Effizienzgewinne nicht in vollem Umfang eingetreten sind und eine Vielzahl neuer Initiativen den Haushalt zusätzlich belastete, ging die Arbeitsbelastung in vielen Bereichen der Bank weit über das übliche Maß hinaus und wirkte sich auf das Betriebsklima aus. Dazu wurde das Personal um ca. 500 Stellen abgebaut.

Folgerichtig stand im Mittelpunkt der Strategiediskussion der Post-Strategic Compact Ära die **Konsolidierung des Erreichten**. Selektivität, Konzentration auf Prioritäten, Verbesserung der Effizienz und ein effektives Ressourcenmanagement (Mittel und Personal) bilden die strategischen Eckpfeiler für das laufende und die kommenden Geschäftsjahre.

Die Bank folgt dem Oberziel der Armutsbekämpfung, das durch die Bekräftigung der bereits auf dem Weltsozialgipfel in Kopenhagen verabschiedeten **Internationalen Entwicklungsziele (IDG)** durch die UN im September 2000 konkretisiert wurde. Die IDG definieren nicht nur globale Oberziele („Halbierung der Armut bis zum Jahr 2015“), sondern auch konkrete Indikatoren zur Operationalisierung und Messung der Zielerreichung. Zu den wichtigsten gehören:

- Halbierung der Anzahl der Personen, die in absoluter Armut leben (Pro Kopf Einkommen < US \$ 1 pro Tag)
- Sicherung der Grundbildung für alle Menschen bis 2015
- Verbesserung der Gleichstellung von Frauen, Abbau von Diskriminierung und Disparitäten in der Grund- und Weiterbildung bis 2005
- Reduzierung der Kindersterblichkeit um zwei Drittel im Zeitraum von 1990 bis 2015.
- Reduzierung der Müttersterblichkeit um drei Viertel im Zeitraum von 1990 bis 2015.
- Ausarbeitung und Umsetzung nationaler Strategien (bis 2005) für eine nachhaltige Entwicklung insbesondere im Hinblick auf eine nachhaltige Ressourcenbewirtschaftung bis 2015.

**Selektivität** will die WB im Wesentlichen auf drei Ebenen erreichen:

- In Ländern: CDF und Länderstrategien werden ausgerichtet an den Prioritäten der Regierungen unter Verfolgung der IDG und der Berücksichtigung von Aktivitäten und komparativen Vorteilen anderer Geber und Partner.
- Überregional: Konzentration auf Länder und Regionen, in der die Mehrzahl der absolut Armen leben sowie auf die Länder mit guter Regierungsführung („good performers“)
- Global: Reduzierung der derzeit bestehenden globalen Initiativen und Programme um etwa ein Drittel und Stärkung strategisch wichtiger Bereiche

gemäß komparativen Vorteilen (u.a. Wasser, Energie, Landwirtschaft, Privatsektorentwicklung).

**Weltbankintern** liegen die Schwerpunkte auf größerer Flexibilität, Fortführung der Dezentralisierung, Mitarbeiterfortbildung, Ausbau des Managementinformationssystems und eines vereinfachten Budgetierungsprozesses.

Die Erwartungen und die geplanten Anstrengungen sind hoch. Die verabschiedete **Haushaltserhöhung** in Höhe von real 4,6% wird bei der Umsetzung und Konsolidierung des Erreichten zweifellos helfen und einige zentrale Engpässe beseitigen - die Notwendigkeit weiterer Anpassungen in Folgejahren an ein sich rasch wandelndes Umfeld ist allerdings absehbar. Im Ergebnis wird der Umbau und die Modernisierung der Bank einen wichtigen und positiven Beitrag zur Erzielung der hoch gesteckten internationalen Entwicklungsziele (IDG) im Jahre 2015 leisten. Ihre Erreichung wird jedoch nicht allein von den Leistungen der WB abhängig sein.

### 2.3 Die Rolle der Weltbank in Ländern mittleren Einkommens

Auf der Jahrestagung der WB in Prag im letzten Jahr stand ihre Zusammenarbeit mit Ländern mittleren Einkommens oder sog. „Middle Income Countries“ (MICs) als eines der zentralen Themen auf der Tagesordnung. Das Thema ist unter anderem durch die Empfehlungen der vom amerikanischen Kongress eingesetzten sogenannten „Meltzer-Kommission“ vom Frühjahr letzten Jahres (siehe dazu auch den „Jahresbericht Geschäftsjahr 2000 des Deutschen Exekutivdirektors“, S. 8) für die zukünftige Arbeit der WB von großer Bedeutung. Eine Empfehlung der Kommission war, dass die WB nur noch die ärmeren Entwicklungsländer auf Zuschussbasis („grants“) unterstützen und sich aus den Ländern mittleren Einkommens zurückziehen sollte, da diese Zugang zu den kommerziellen Kapitalmärkten hätten. Die Bank hatte daraufhin im letzten Jahr eine „Task Force“ eingerichtet, um die Rolle der WB in den MICs zu klären.

Unter MICs versteht die WB eine heterogene Gruppe von Entwicklungsländern, die sich aus einer Gruppe von 29 „upper MICs“ (US\$ 2996 oder mehr an BIP/Kopf der Bevölkerung für das Jahr 1999), 43 „lower MICs“ (US\$ 756-2.995) und 6 „low-income blend countries“, also Länder mit Zugangsberechtigung für IBRD- und IDA-Kredite, zusammensetzt. Das bedeutet, dass Länder wie Brasilien, Ungarn, Südafrika aus dem oberen Segment mit China, Ekuador, Türkei, Namibia als Vertreter der „lower MICs“ und Indien, Nigeria und Pakistan als „low-income blend countries“ zusammen die Gruppe der Länder mit mittlerem Einkommen ausmachen.

Diese Bandbreite an Ländern mit mittlerem Einkommen gibt eine Antwort darauf, warum die WB in dieser Gruppe auch in Zukunft präsent sein muss, wenn sie als globale Institution ihre Mission, die weltweite Armut zu beseitigen, erfüllen will. Denn nahezu 80% der Armen, d.h. Menschen, die weniger als US\$2 pro Tag haben, leben in dieser Ländergruppe. Auch wenn China und die „blend“-Länder wie Indien aus dieser Gruppe herausgerechnet würden, lebten immer noch 40% der Armen in Ländern „mittleren Einkommens“.

In einer zunehmend interdependenten Welt sind positive Entwicklungen in MICs auch von Bedeutung für die Reduzierung von Armut in ärmeren Ländern (sog. „spill-over“-

Effekte). So können sich aus einem steigenden ökonomischen Wachstum in MICs verbesserte Handelsmöglichkeiten für Länder mit niedrigerem Einkommen ergeben und somit auch das ökonomische Wachstum dieser Länder positiv beeinflussen. Andererseits besteht aber auch die Gefahr, dass Faktoren wie finanzielle Instabilität, Schädigung der Umwelt und übertragbare Krankheiten in MICs die Entwicklung in Gegenden weit außerhalb der Grenzen der MICs negativ beeinflussen.

Der Unterstützungsbeitrag der WB in MICs ergibt sich aus der Natur der Herausforderungen, denen diese Länder gegenüber stehen:

- MICs, die solide makroökonomische Politiken eingeführt haben, aber noch ungenügende Institutionen und Strukturen für schnelleres Wachstum und Armutsbeseitigung haben, unterstützt die WB durch fundierte Beratungsleistungen sowie auch durch Kredite.
- Entwicklungsländer, die Zugang zum freien Kapitalmarkt haben, profitieren von einer Unterstützung durch die Bank, da sich der Kapitalmarktzugang dieser Länder nur auf Investitionen bezieht, die rasche Gewinne erwarten lassen; deshalb finden ausländische Investitionen in sozialen Sektoren kaum statt. Die Unterstützung der Bank bei sozialen, strukturellen und sektoralen Politiken hilft den MICs, ein Investitionsklima herzustellen, das einen stabilen Fluss privaten Kapitals ermöglicht. Über diese Art der finanziellen Unterstützung, ergänzt durch die Tätigkeit der IFC, die die Investitionsbereitschaft über das von den Marktteilnehmern gewollte Niveau hinaus ausweiten soll, will die WB-Gruppe zu einem „crowding in“ von privatem Kapital beitragen. Das Ziel ist es, den Ländern eine nachhaltige Finanzierung über die freien Kapitalmärkte zu ermöglichen, so dass eine Unterstützung durch die Bank langfristig nicht mehr erforderlich ist.
- Und schließlich leitet die WB ihr Engagement für MICs aus deren Bedeutung für die globalen öffentlichen Gütern ab (siehe dazu auch den Abschnitt *Globale Öffentliche Güter und der Beitrag der Weltbank zur HIV/AIDS-Bekämpfung*).

Zur Umsetzung dieser Agenda sind von der „Task Force“ konkrete Empfehlungen erarbeitet worden:

- Die Stärkung der Länderstrategien als das Kerninstrument für ein abgestimmtes und fokussiertes Kreditvergabe- und Beratungsprogramm der WB-Gruppe.
- Die Ermutigung der Länder, ihre eigene Vision zur Entwicklung des Landes als die Basis für eine Unterstützung aller Entwicklungspartner in Form eines sogenannten „Letter of Development Strategy“ zu erarbeiten.
- Die Überarbeitung und Systematisierung des Bereiches „Economic and Sector Work“ (ESW), d.h. der diagnostischen Arbeit der WB. Ein spezifisches ESW-Programm sollte Bestandteil jeder Länderstrategie sein.
- Die Entwicklung neuer Kreditinstrumente, die die spezifischen Bedingungen von MICs berücksichtigen. So soll eine „Deferred Drawdown Option“ für die MICs geschaffen werden, die gegenwärtig zwar über einen Zugang zu internationalen Kapitalmärkten verfügen, aber die Flexibilität in ihrem Schuldenmanagement erhöhen wollen. Bei dieser Kreditlinie erwirbt das MIC das Recht, einen vereinbarten Kreditbetrag in einer festgelegten Zeitspanne (angedacht sind 3 Jahre) zu ziehen. Generell erwartet die WB, dass die programmatische Kreditvergabe („policy-based programmatic lending“), in Zukunft einen breiteren Raum einnehmen wird, da diese Art der Kreditvergabe die mittelfristigen Reformprozesse von MICs in Übereinstimmung mit deren nationalen Budgetplanungen effektiver begleitet. Es ist weiterhin daran gedacht, die bisherigen programmatischen Strukturkredite („Programmatic Structural

- Adjustment Loans“) in sogenannte „Development Support Loans“ (DSL) umzubenennen, um deren klare Entwicklungsausrichtung deutlicher zu machen.
- Vereinheitlichte bankinterne Prozesse zur Reduzierung der Kosten für die kreditnehmenden Länder und als Basis für eine verstärkte Selektivität auf Länder- und institutioneller Ebene. Dieses Vorgehen soll auch für eine effektivere Kooperation mit anderen Multinationalen Entwicklungsbanken sowie anderen Entwicklungspartnern allgemein genutzt werden.
  - Die Stärkung der Zusammenarbeit mit dem IWF.

Diesen Empfehlungen der Task Force wurde im Development Committee anlässlich der Frühjahrestagung 2001 von WB und IWF von allen Gouverneuren zugestimmt.

## 2.4 Sonstige wichtige Themen

### 2.4.1 Globale Öffentliche Güter und der Beitrag der WB zur HIV/AIDS-Bekämpfung

Traditionell konzentriert sich die Tätigkeit der WB auf die Zusammenarbeit mit den Regierungen einzelner Entwicklungsländer (bilaterales Mandat). Daneben bildet sich in den letzten Jahren ein **globales Mandat der WB** heraus; dabei geht es um die Lösung globaler Entwicklungsprobleme, die auf der Ebene einzelner Länder nicht erfolgversprechend angegangen werden können und ein übernational koordiniertes Vorgehen erfordern.

Auf der Jahrestagung in Prag im Herbst 2000 wurde die WB von den Gouverneuren beauftragt, sich auf die Förderung der folgenden fünf sogenannten „Global Public Goods“ (GPGs) zu konzentrieren:

1. Übertragbare Krankheiten:
  - HIV/AIDS, Tuberkulose, Malaria und Kinderkrankheiten, inklusive dem Bezug zu Erziehungsmaßnahmen
  - Impfstoffe- und Arzneimittelentwicklung in Entwicklungsländern für übertragbare Krankheiten, die besonders dringend sind
2. Umwelt:
  - Klimawandel; Wasser; Wälder
  - Biodiversität, Ozonabbau und Landerosion
  - Förderung der landwirtschaftlichen Forschung
3. Handel und Integration:
  - Marktzugang
  - Intellektuelle Besitzrechte und Standards
4. Information und Wissen:
  - Aufhebung der „digitalen Kluft“ („Digital Divide“) zwischen Industrie- und Entwicklungsländern; Schaffung von Kapazitäten, um Wissen für Entwicklungsprobleme nutzen zu können
  - Verständnis von Entwicklung und Armutsreduzierung

##### 5. Internationale Finanzarchitektur:

- Entwicklung von internationalen Standards
- finanzielle Stabilität
- internationales Rechnungswesen und rechtlicher Rahmen

Die Bekämpfung von HIV/AIDS hat die WB schon vor über einem Jahrzehnt begonnen. Das Mittelvolumen ist von anfänglich US\$ 0,4 Mio. (1986) auf heute US\$ 744,5 Mio. (2001) angestiegen. Aus den im letzten Geschäftsjahr zugesagten neuen Mitteln stammen US\$ 620,5 Mio. aus IDA-Ressourcen. Der Großteil entfällt auf zwei Mehrländer-Programme für Afrika (US\$ 500 Mio.) und die Karibik (US\$ 155 Mio.). US\$ 40 Mio. gingen in die Region südliches Asien, in die 1999 insbesondere durch einen US\$ 190 Mio.-Kredit für Indien die meisten Mittel geflossen waren. Insgesamt hat die WB seit 1986 US\$ 1,75 Milliarden zur Bekämpfung von HIV/AIDS-Aktivitäten in 61 Ländern und allen Regionen der Welt aufgebracht.

Neben der direkten Kreditvergabe war die WB im zurückliegenden Geschäftsjahr auch in folgende HIV/AIDS-relevante Aktivitäten involviert:

- Die Schaffung eines verbesserten Zugangs zu HIV/AIDS-Medikamenten in Entwicklungsländern. In Abstimmung mit den Vereinten Nationen war die WB intensiv in den Dialog mit Pharmafirmen engagiert.
- Der Stärkung der nationalen Gesundheitsinfrastruktur in Entwicklungsländern.
- Als Gründungsmitglied hat die WB die *International AIDS Vaccine Initiative* (IAVI) im letzten Jahr mit US\$ 700.000 unterstützt. Insgesamt sind an diese Initiative zur Entwicklung eines AIDS-Impfstoffes seit ihrer Gründung 1996 US\$ 3,57 Mio. gegangen. Die WB unterhält außerdem eine enge Partnerschaft zwischen IAVI und der bankeigenen *AIDS Vaccine Task Force*. Ziel ist die rasche Entwicklung eines AIDS-Impfstoffes, der für die Entwicklungsländer auch bezahlbar ist.
- Die WB unterstützt die im letzten Jahr gegründete *Global Alliance on Vaccines and Immunization* (GAVI), die u.a. von der *Melinda and Bill Gates Foundation* finanziert wird. Deren Aufgabe ist die generelle Verbreitung von Immunisierungen durch existierende Impfstoffe sowie die Entwicklung von neuen Impfstoffen.
- In Zusammenarbeit mit dem IWF und UNAIDS hat die WB Entwicklungsländer unterstützt, HIV/AIDS-relevante Aktivitäten in HIPC und PRSP-Programme zu integrieren.
- Im Bereich der analytischen Arbeit hat die Bank die bis heute umfassendste länderübergreifende Analyse der makroökonomischen Auswirkungen von AIDS verfasst.
- Die Generalversammlung der Vereinten Nationen über HIV/AIDS vom 25. bis 27.06.2001 in New York wurde aktiv von der WB unterstützt. Die WB hat sich außerdem bereit erklärt, den dort verabschiedeten *Globalen Trust Fund* mit Beratungsleistungen zu unterstützen sowie dessen Administration zu übernehmen, wenn dies von den Mitgliedsländern gewünscht wird. Die WB arbeitet außerdem eng mit UNAIDS zusammen und unterstützt diese Einrichtung der Vereinten Nationen auch finanziell.

Ihren politischen Einfluss hat die WB erfolgreich dazu genutzt, dem „Global Public Good“ der Bekämpfung von HIV/AIDS größere Aufmerksamkeit zu verschaffen und den Blick zu schärfen, dass die Pandemie nicht nur ein Gesundheitsproblem, sondern ein gravierendes **Entwicklungsproblem** ist. Dazu haben insbesondere auch das Herbsttreffen 2000 und das Frühjahrstreffen 2001 der Gouverneure der WB beigetragen.

Zukünftig plant die WB ihre Arbeit im Bereich HIV/AIDS in allen Regionen auszuweiten. Sie beabsichtigt außerdem in Zusammenarbeit mit Stiftungen und bilateralen Gebern eine spezielle Mehrländer-Initiative für IBRD-Länder im südlichen Afrika, da das in diesem Geschäftsjahr verabschiedete Mehr-Länderprogramm für Afrika ausschließlich auf IDA-Länder begrenzt ist.

## 2.4.2 Internationaler Handel und Entwicklung

Auf der UN-Konferenz zur Verbesserung der Situation der am wenigsten entwickelten Länder (LDC) vom 14. bis 20. Mai 2001 in Brüssel unterstrichen die UN und die Europäische Union die Bedeutung der Öffnung der Märkte der Industrieländer für Produkte aus Entwicklungsländern. Auch die WB hat auf Beschluss des Development Committee (DC) ihre Aktivitäten auf der globalen, regionalen und nationalen Ebene erweitert, um die Entwicklungsländer im Handelsbereich zu unterstützen und zu stärken.

Dabei will sie auf der **globalen** Ebene, u.a. in Zusammenarbeit mit der für WTO, zu einer verstärkten globalen Kooperation im Handelsbereich beitragen, in dem sie ihre Forschungsarbeiten erhöht und darin insbesondere den bisher kaum untersuchten Zusammenhang zwischen Handel und Armutsbekämpfung herausstellt. Dafür ist ein Pilotprojekt ins Leben gerufen worden, dessen Ergebnisse dazu beitragen sollen, Handelsfragen in die PRSP-Prozesse einzubeziehen. Dienstleistungen, Rechtsfragen und Fragen des Technologietransfers spielen dabei eine wichtige Rolle.

Bei der **regionalen** Zusammenarbeit soll insbesondere der Handel zwischen den Partnerländern gefördert werden, u.a. mit dem Ziel, herkömmliche Handelsbeschränkungen abzubauen. Neu zu entwickelnde regionale Strukturen sollen an weltweite Handelsstrukturen qualitativ anschlussfähig sein. Dafür sind maßgeschneiderte Projektvorhaben vorgesehen: in Afrika z.B. wurde ein aus der Region stammender Programmmanager für regionale Integration berufen, um bestehende regionale Zusammenschlüsse (wie ECOWAS, SADC, CEMAC) zu stärken. Abgebaut werden sollen dabei Handelshemmnisse in den Finanzsektoren sowie in den Bereichen Telekommunikationssysteme und Transportsysteme; in Ostasien spielen Zusammenhänge zwischen Handel und innovativen Produktionssystemen und Logistik eine Rolle, um schwächeren Ökonomien eine bessere Integration in die regionalen Märkte zu ermöglichen; für Lateinamerika soll eine Studie Zusammenhänge zwischen Handelsströmen, Produktion und Arbeitsmarkt herausfinden.

Auf der **nationalen** Ebene sollen durch Beratungen und Politikreformen die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern (LDC-Ländern) gestärkt sowie die für Handelspolitik zuständigen Institutionen gefördert werden. Für Afrika werden z.B. für jedes LDC-Land Studien (Diagnosen) durchgeführt, mit den Regierungen diskutiert und mit den bilateralen Gebern Maßnahmen besprochen, um die Handelspolitiken durch technische Kooperationen zu fördern.

Durch eine Organisationsveränderung (Integration des Handelsforschungsreferates in die Handelsabteilung) hat die WB auf diesen Schwerpunkt reagiert. Das World Bank Institute (WBI) wird verstärkt Fortbildungsmaßnahmen, die dieses Thema zum Inhalt haben, in Partnerländern durchführen.

### **2.4.3 Fortschritte bei der Umsetzung der HIPC-Initiative**

Bis zum Juni 2001 haben 23 Länder im Rahmen der Erweiterten Initiative für hochverschuldete arme Länder, der sog. HIPC-Initiative, ihren Entscheidungspunkt erreicht und erhalten nunmehr Schuldendiensterleichterungen, die im gesamten Zeitablauf ca. US\$ 34 Milliarden betragen. Dieser Betrag entspricht rund 60% der im Rahmen der Initiative vorgesehenen gesamten Schuldenerleichterung.

Es wird erwartet, dass sich letzten Endes insgesamt 38 Länder für Schuldenerleichterungen im Rahmen der erweiterten HIPC-Initiative qualifizieren werden. Ungefähr ein Dutzend dieser Länder ist jedoch gegenwärtig in internen bzw. grenzüberschreitenden bewaffneten Konflikten verwickelt oder hat solche Konflikte erst kürzlich beendet.

Für die 23 Länder, die ihren Entscheidungspunkt erreicht haben, reduzieren sich die für den Schuldendienst erforderlichen Mittel um ein Drittel im Vergleich zu 1999, dem letzten Jahr vor der erweiterten HIPC-Initiative.

Es gibt erste Anzeichen dafür, dass die im Rahmen der HIPC-Initiative geleistete Schuldenerleichterung den Regierungen helfen wird, ihre Sozialausgaben zu erhöhen. In den Ländern, die ihren Entscheidungspunkt erreicht haben, steigen die Sozialausgaben vor allem aufgrund des HIPC-Schuldenerlasses voraussichtlich bis 2002 im Vergleich zu 1999 von US\$ 4,1 Mrd. auf US\$ 6,3 Mrd. Der Anstieg entspricht etwa 1,6% des BIP. Dies ist ein vielversprechender Anfang, doch wird es weiter auf die Effizienz ankommen, wie die betroffenen Länder die HIPC-Ersparnisse und die anderen öffentlichen Ressourcen verwenden. Es wird erwartet, dass die freiwerdenden Ressourcen zu zwei Drittel in den Bildungs- und Gesundheitsbereich investiert werden. Weitere Prioritäten sind die Bekämpfung von HIV/AIDS sowie ländliche Entwicklung und Wasserversorgung.

Den sog. „Completion Point“, erreichten bisher Bolivien und Uganda; für Ende 2001/Anfang 2002 wird erwartet, dass sieben weitere Länder den „Completion Point“ erreichen werden (Benin, Burkina Faso, Honduras, Mali, Mozambique, Senegal, Tanzania).

### **2.4.4 Harmonisierung von Politiken, Strategien und Verfahren**

Mit der Frage, wie die Belastung der Verwaltungen der Entwicklungsländer durch Harmonisierung von Politiken, Strategien und Verfahren der Geberländer reduziert werden kann, haben sich im letzten Jahr das Jahrestreffen von IWF und WB im September 2000 in Prag befasst. Es folgte ein Forum der internationalen Finanzinstitutionen im Februar 2001. Auch das Development Committee griff am 30. April 2001 das Thema auf. Außerdem wurde eine OECD-DAC Task Force zur Vereinheitlichung von Praktiken der bilateralen Geber im Januar 2001 gegründet.

An dem oben genannten Forum nahmen 18 multilaterale Finanzinstitutionen (darunter IBRD, IFC, AfDB, AsDB, EBRD, IDB, CDB, EIB, IIC, IFAD und OPEC Fund), der Vorsitzende der OECD-DAC Task Force sowie der bolivianische Finanzminister per Videokonferenz teil. Beschlossen wurde, dass über Harmonisierungsbestrebungen auch

die Kapazitäten der Empfängerländer bei der Anfertigung und Implementierung ihrer eigenen operationalen Politiken und Verfahren verbessert werden sollen. Drei Themen standen im Vordergrund:

- Durchführung entsprechender Untersuchungen im Beschaffungswesen und Finanzmanagement auf Landesebene.
- Schaffung von Kapazitäten in Empfängerländern, damit von Geberseite zukünftig keine individuellen Spezifizierungen mehr notwendig sind.
- Sektorübergreifende Ansätze, die von Harmonisierungsmaßnahmen profitieren würden.

Im Januar diesen Jahres traf sich zum ersten Mal die OECD-DAC Task Force. Dessen Mitglieder legten sich auf drei Bereiche des Projekt-, bzw. Programmzyklus fest:

- Projekt/Programmvorbereitung und damit zusammenhängende Maßnahmen wie Projekt/Programmanalyse und Risikoeinschätzung
- finanzielle Rechenschaftspflicht
- Berichtswesen und Monitoring.

Die OECD-DAC Task Force verspricht sich als Ergebnis ihrer Arbeit Referenzpapiere für „good practices“, die die einzelnen DAC-Mitglieder auf freiwilliger Basis umsetzen können. Es besteht eine intensive Zusammenarbeit mit der WB. Repräsentanten der Task Force nehmen an Treffen der WB teil und umgekehrt. Beide Institutionen führen auch gemeinsame Aktionen durch. Darüber hinaus fungiert der Leiter der Abteilung Finanzmanagement der WB auf Wunsch von OECD/DAC als Vorsitzender der Untergruppe finanzielle Rechenschaftspflicht/Finanzmanagement der Task Force.

Am 30. April 2001 beschloss das Development Committee (DC) der WB anlässlich der Frühjahrestagung von IWF und WB, dass sich die Harmonisierungsbestrebungen auf den Aufbau von Kapazitäten in den Empfängerländern und die Einrichtung von für die Geber verlässlichen Systemen ausrichten sollten. Priorität für harmonisierte „good practices“ sollen die Bereiche Beschaffungswesen, Finanzmanagement und Umweltanalysen einnehmen. Außerdem soll die WB ein Arbeitsprogramm in Zusammenarbeit mit anderen multilateralen Entwicklungsbanken und der OECD-DAC Task Force erarbeiten. Weiterhin solle sie spezifizieren, welche ihrer eigenen Verfahren sie zur Harmonisierung mit anderen Verfahren zu ändern gedenke.

Die WB hat in allen drei Bereichen mit der Umsetzung begonnen. Im Bereich Beschaffungswesen und Finanzmanagement liegen Vorschläge für ein gemeinsames Arbeitsprogramm mit multilateralen Entwicklungsbanken (MDBs) vor. Die Arbeit im Bereich Umweltanalysen ist bisher noch in der internen Diskussion innerhalb der WB.

Zu den notwendigen Untersuchungen der bereits bestehenden Kapazitäten im öffentlichen Sektor der jeweiligen Entwicklungsländer hinsichtlich Beschaffungswesen und Finanzmanagement müssen nach Meinung der WB alle Geber beitragen.

Im Bereich finanzielle Rechenschaftspflicht analysiert die WB gegenwärtig acht sektorweite Projektansätze. Dabei soll überprüft werden, inwieweit die Politiken und Verfahren der WB geändert, bzw. verbessert werden müssen, um die Teilnahme an Sektorprogrammen zu erleichtern, und inwieweit ein allgemein akzeptiertes Niveau zur Überprüfung der Mittelverwendung sichergestellt werden kann.

Das Thema Harmonisierung wird noch über einen längeren Zeitraum auf der Tagesordnung von MDBs und bilateren Geber zu finden sein.



#### 2.4.5 “Poverty Reduction Support Credit” (PRSC) als neues Instrument

Mit dem PRSC hat die WB ein neues Instrument zur Unterstützung der Umsetzung nationaler Armutsstrategien, den sogenannten „Poverty Reduction Strategy Papers“ oder PRSPs, geschaffen. Diese Initiative geht zurück auf die Development Committee-Sitzung vom September 2000, auf der die Unterstützung von Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen besprochen wurde. Der generelle Ansatz der WB, über aus IDA-Mitteln finanzierte Anpassungskredite die Bemühungen der ärmeren Entwicklungsländer bei der Umsetzung ihrer auf der Grundlage der PRSPs entwickelten Armutsstrategien zu unterstützen, sowie die Poverty Reduction and Growth Facility (PRGF) des IWF zu ergänzen, fand die Zustimmung der Gouverneure der WB.

Bei dem PRSC handelt es sich um eine Form der programmatischen Kreditvergabe für IDA-Länder. Der PRSC ist Bestandteil der zwischen der WB und dem jeweiligen Land vereinbarten Länderstrategie. Im typischen Fall unterstützen 2 oder 3 Operationen die mittelfristige Politik und das institutionelle Reformprogramm des jeweiligen Landes bei der Umsetzung der selbst entwickelten Armutsstrategie. Idealerweise stimmt der Zeithorizont des PRSC mit der PRSP des Landes sowie der Länderstrategie überein. Jedem PRSC geht die Erfüllung bestimmter Kriterien („benchmarks“), die vorab festgelegt werden, voraus. Ein PRSC baut somit auf dem Vorhergehenden auf. Die dafür zu erfüllenden Kriterien sind ebenfalls im Vorhinein festgelegt und Bestandteil der mittelfristigen Entwicklungsplanung des Landes. WB und IWF beabsichtigen, ihre jeweiligen Programme parallel laufen zu lassen und zu koordinieren. Dies bedeutet, dass der PRSC der WB die PRGF des IWF unterstützt und umgekehrt. Ein „on track“ PRGF ist für die WB ein Zeichen, dass der makroökonomische Rahmen angemessen ist und umgekehrt bedeutet ein „on track“ PRSC für den IWF, dass das soziale und strukturelle Programm des Landes umgesetzt wird. Beide Institutionen nutzen somit die komparativen Vorteile der jeweils anderen Institution.

PRSCs bauen normaler Weise auf zwei integrativen Analysen auf: a) einer Querschnittsuntersuchung der Entwicklungspolitiken des Landes (Sozial- und Strukturpolitik sowie eine Untersuchung der Kernsektoren) und b) einer Untersuchung der Arrangements zur Rechenschaftspflicht der öffentlichen Finanzen, was insbesondere Finanzmanagementsysteme und das öffentliche Ausgaben- sowie Vertragswesen einbezieht.

Der PRSP-PRSC-Ansatz ermöglicht allen Entwicklungspartnern, ein integriertes, umfassendes Programm zu unterstützen, das von den jeweiligen Ländern selbst entwickelt worden ist.

Im Kontext der Arbeit der WB in den ärmeren Entwicklungsländern sei darauf hingewiesen, dass am 17. Juli 2001 Präsident Bush in seiner Rede vor einem ausgewählten Kreis von WB-Mitarbeitern sowie den Exekutivdirektoren der WB gefordert hat, dass die WB 50% ihrer Hilfe an die ärmsten Länder zukünftig als Zuschüsse („grants“) vergeben solle. Diese Forderung entspricht in ‚abgespeckter‘ Version einer Empfehlung der Meltzer-Kommission. Sie ließe sich aber nur realisieren, wenn der WB langfristig von den Mitgliedsländern neues Kapital in signifikanter Höhe zugeschossen wird.

#### 2.4.6 IDA 13 Wiederauffüllungsverhandlungen

Im Februar 2001 fand eine erste Verhandlungsrunde zur 13. Wiederauffüllung des weichen Kreditfensters der Bank (IDA) in Paris statt, die 2. Runde im Mai 2001 in Addis Ababa (Äthiopien). Zwei weitere Treffen sind geplant, um die Verhandlungen abzuschließen. Um eine **größere Transparenz** bei den Verfahren der Entwicklungszusammenarbeit sicherzustellen und um das partnerschaftliche Verhältnis zu unterstreichen, nahmen erstmals offiziell auch Vertreter der IDA-Länder (Uganda, Burkina Faso, Bolivien, Vietnam, Indien, Georgien) als Beobachter an IDA-Verhandlungen teil.

Als überragendes inhaltliches Thema des Arbeitsprogramms zeichnet sich eine bessere Anpassung der IDA-Instrumente an die PRSP-Prozesse und die Länderstrategien der Bank ab. Die Armutsbekämpfung, als internationale Gemeinschaftsaufgabe definiert, steht weiter im Mittelpunkt, wobei Gender-Strategien besser integriert und auch der Privatsektor enger einbezogen werden soll. Mehr Flexibilität soll für die sog. **Postkonflikt-Länder**, insb. in Afrika, gezeigt werden, wo konfliktträchtige Transformationsprobleme Entwicklungsperspektiven behindern.

Im übrigen wurde eine Evaluierung zu den Politikvorgaben für IDA seit 1994 durchgeführt, die zu dem Ergebnis kommt, dass das IDA-Portfolio einen stärkeren Armutsbezug als zuvor habe. Während positiv hervorgehoben wird, dass das Management der öffentlichen Sektoren in Partnerländern verstärkt unterstützt würde, für die sozialen Sektoren höhere Ausleihen vorgenommen wurden, sich das Umweltbewusstsein erhöht und die Partizipation in Vorhaben und Länderstrategien verstärkt habe, wird andererseits kritisiert, dass die Themen Privatsektorentwicklung, ländliche Entwicklung und Gender relativ vernachlässigt worden seien. Eine höhere Selektivität in Abstimmung mit den Partnern wird in dieser Evaluierung angemahnt.

#### 2.4.7 Tschad-Kamerun-Pipeline-Projekt

Die Entscheidung des Exekutivrates im Juni 2000 für die Beteiligung der WB an Investitionen i.H. von US\$ 100 Mio. zum Bau einer Erdöl-Pipeline vom Doba Becken im Tschad nach Kribi (Kamerun) zum Atlantik war mit hohen Auflagen verbunden, um die Entwicklungsverträglichkeit des Projektes sicherzustellen. So wurde z.B. festgelegt, dass Öleinnahmen des Landes zur Armutsbekämpfung verwendet werden. Ein Umweltplan (EMP) wurde vereinbart, dessen Umsetzung kontrolliert werden soll. Auch soll die Beteiligung von kleinen und mittleren lokalen Unternehmen an den Baumaßnahmen gesichert werden. Vor allem auf Drängen Deutschlands wurde dazu eine **International Advisory Group** (IAG); das Arbeitsprogramm der IAG kann auf der Website der WB eingesehen werden) unter Beteiligung von internationalen Nichtregierungs-organisationen eingerichtet.

Die Ergebnisse der ersten Besuche der **External Compliance Monitoring Group (ECMG)**, einer Arbeitsgruppe, die die Projektmaßnahmen überwachen soll, haben ergeben, dass es keine schwerwiegenden Verstöße gegen den Umweltplan gegeben hat. Jedoch wurden zahlreiche Empfehlungen im Hinblick auf den Umgang mit potenziellen Risiken in den kommenden Projektphasen ausgesprochen.

Während der vergangenen Monate haben im Tschad verschiedene Vorkommnisse die Rahmenbedingungen für die Projektumsetzung beeinträchtigt: Die makroökonomischen Daten hatten sich u.a. aufgrund der hohen Erdölpreise und erheblicher Ernteeinbußen zum Jahresende deutlich verschlechtert. Zur gleichen Zeit war die im Norden nach wie vor schwelende Rebellion erneut aufgeflammt. Im September 2000 wurde darüber hinaus bekannt, dass die Geldmittel aus einem sogenannten Bonus in Höhe von US\$ 25 Mio. (den die tschadische Regierung im April 2000 von den neuen Mitgliedern des Konsortiums Petronas und Chevron erhalten hatte) - entgegen ursprünglichen Ankündigungen der Regierung nicht im Sinne des Einnahmenverwendungsgesetzes eingesetzt wurden, u.a. US-\$ 4,5 Mio. für militärische Zwecke.

Diese Entwicklungen hatten zunächst dazu geführt, dass WB und IWF die für Dezember 2000 geplante Entscheidung über den Decision Point im Rahmen der HIPC-Initiative verschoben. Der Rest des Bonus wurde eingefroren, bis das Oversight Committee, das die Verausgabung der Mittel in den armutsrelevanten Bereichen Bildung, Gesundheit, ländliche Entwicklung und Infrastruktur überwachen soll, etabliert war. Darüber hinaus wurde die tschadische Regierung verpflichtet, einen Bericht über die Verwendung des Bonus zu veröffentlichen und die Verwendung überprüfen zu lassen, IWF und WB sämtliche Regierungskonten offen zu legen, monatlich über ihren Status zu berichten und schließlich keine Ausgaben außerhalb des regulären Haushaltsverfahrens mehr zu tätigen. Nachdem die Regierung diesen Verpflichtungen nachgekommen war, hatten die Exekutivorgane von WB und IWF im Mai 2001 einer Verlängerung der PRGF-Vereinbarung sowie der Erreichung des Decision Point zugestimmt.

Am 20. Mai 2001 fanden im Tschad Präsidentschaftswahlen statt. Nach den offiziellen Wahlergebnissen hat Präsident Deby diese mit 67,35 % der Stimmen im ersten Wahlgang gewonnen. Dieses Ergebnis wurde jedoch von den sechs Oppositionskandidaten öffentlich angefochten, die daraufhin kurzfristig festgenommen und erst, nachdem u.a. WB-Präsident Wolfensohn persönlich beim tschadischen Präsidenten interveniert hatte, wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Die EU hat diese Vorfälle ebenso wie **Unregelmäßigkeiten** bei der Durchführung der Wahlen in einer Erklärung verurteilt und deutlich gemacht, dass sich entsprechende Vorfälle bei den für Anfang 2002 geplanten Parlamentswahlen nicht wiederholen dürften.

In **Kamerun** konnten die angestrebten makroökonomischen Ziele seit der Projektentscheidung zwar weitgehend erreicht werden; jedoch ist das Wachstum nach wie vor fragil und zeigt bislang kaum Wirkungen für die ärmeren Bevölkerungsschichten. Die kamerunische Regierung arbeitet mit Beteiligung der Zivilgesellschaft gegenwärtig an der Endfassung eines PRSP, das Anfang 2002 vorliegen soll. Dieses sieht eine verstärkte Armutsorientierung durch Konzentration staatlicher Investitionen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Infrastruktur vor. Integrativer Bestandteil dieser Strategie sind darüber hinaus Maßnahmen zur Verbesserung der Regierungsführung.

Die IAG, die u.a. auf unser Drängen hin eingesetzt worden war, um die Umsetzung des Projektes auf allen Ebenen zu verfolgen, potentielle Probleme zu identifizieren und Empfehlungen zu deren Lösung zu formulieren, wurde im Februar 2001 benannt. Die sechs Mitglieder der Gruppe haben zunächst beide Länder besucht und sich mit Vertretern der beiden Regierungen und der Zivilgesellschaft getroffen.

Dem **Inspection Panel** der WB liegt ein Antrag auf Durchführung einer Inspektion von Vertretern der Bevölkerung im tschadischen Projektgebiet vor, die aufgrund von

Mängeln bei der Projektvorbereitung negative Auswirkungen für sich und ihre Umwelt befürchten. Dort wird gegenwärtig geprüft, ob die Vorwürfe stichhaltig sind und eine Untersuchung des Projektes stattfinden soll.

Gegenüber dem Management der WB hat das deutsche Weltbankbüro mehrmals auf Klärung einer Reihe von offenen Fragen gedrängt und Auskünfte über die Erfüllung bzw. Nichterfüllung von Auflagen verlangt. Auch wurde ein Gespräch mit einer hochrangigen Delegation der Regierung von Tschad geführt, in dem das deutsche Büro die Sorgen über die Mängel in der Projektdurchführung ausdrückte.

Auch mit **Nichtregierungsorganisationen** hat das deutsche Weltbankbüro mehrere Gespräche geführt, die sowohl auf die unbefriedigende Situation der Menschenrechte und auf Korruption im Tschad hinwiesen als auch anmahnten, dass die Zivilgesellschaft zu wenig beteiligt würde.

Ohne Zweifel bestehen die bei der Projektentscheidung identifizierten Risiken nach wie vor. Die Entwicklungen der vergangenen Monate haben gezeigt, dass insbesondere im Tschad deutliche Anstrengungen nötig sind, um negative Wirkungen des Vorhabens zu vermeiden und den Nutzen für die Bevölkerung zu maximieren. Die Bank muss hier im Dialog mit dem Tschad auch weiterhin ihr gesamtes politisches Gewicht geltend machen, um durch ihre Beteiligung die Qualität der Projektdurchführung und die entwicklungspolitische Wirkung zu gewährleisten.

#### 2.4.8 Weltentwicklungsbericht 2002

Der Weltentwicklungsbericht (WDR) für das Jahr 2002 beschäftigt sich mit der Entwicklung von Märkten und mit der Frage, welche Institutionen notwendig sind, insbesondere um das Entstehen und die Effektivität von Märkten zu fördern (engl. Titel: „Building Institutions for Markets“). Drei Jahrzehnte Entwicklungszusammenarbeit haben gezeigt, dass es nicht ausreicht, allein Preise und Mengen freizugeben, um die Entstehung von Märkten zu bewirken. Im Gegenteil, die gegenwärtigen Schwierigkeiten der sogenannten Transformationsländer, die unterschiedlichen Entwicklungsfortschritte einzelner Länder sowie die Finanzsektorkrise Ende der neunziger Jahre haben deutlich gezeigt, dass Märkte ein bestimmtes institutionelles Geflecht benötigen, um funktionieren zu können. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die ökonomische Steuerungswirkung von Märkten am besten dort entfaltet werden kann, wo entsprechende Institutionen die Funktion von Märkten flankieren und fördern und sich in einem ständigen Prozess von Veränderung und Anpassung befinden. Im einzelnen kommt der Bericht zu folgenden zentralen Aussagen:

- institutionelle Entwicklung muss maßgeschneidert sein und sich in das jeweils vorhandene institutionelle Umfeld einbetten sowie darauf aufbauen. Dabei sind unterschiedliche institutionelle Arrangements zur Entstehung und Förderung von Märkten möglich; ein erfolgreicher Ansatz in einem konkreten Land bietet keine Gewähr, in einem anderen Land ebenso zu funktionieren.
- Kulturell und sozial maßgeschneiderte Lösungen bzw. Institutionen entstehen im Rahmen einer stetigen institutionellen Evolution. Innovationen sind ein wesentlicher Bestandteil dieser Entwicklung; notwendig sind aber auch Institutionen, die in der Lage sind, Fehlentwicklungen zu erkennen und zu korrigieren.

- Institutionen zur Förderung von Transparenz und dem Austausch von Informationen tragen stark zur Entwicklung von Märkten und marktfördernden Institutionen bei. Freier Informationsfluss ist aber nicht nur ein marktfördernder Mechanismus, er wirkt sich auch auf das soziale und ökonomische Verhalten von Menschen aus.
- Die Förderung von Konkurrenz bzw. das „freie Spiel der Kräfte“ benötigen ein hohes Maß an Institutionen, um das Potenzial in entwicklungsfördernder Weise freizusetzen. Es ist gleichsam der Entwicklungsmotor und Selektionsmechanismus, der erfolgreiche von weniger erfolgreichen Unternehmen trennt und letztere wirkungsvoll sanktioniert.

Die Weltbank hofft, mit dem diesjährigen WDR die Aufmerksamkeit von Forschung, Entscheidungsträgern und der interessierten Öffentlichkeit auf die Rahmenbedingungen zu lenken, unter denen Märkte funktionieren und entstehen. Der Bericht soll Leitfaden und Orientierung bieten und den Kerngedanken des letzten Berichts „Bekämpfung der Armut“ aufnehmen und konstruktiv weiterführen.

#### **2.4.9 Die Bundesrepublik Jugoslawien als neues Mitgliedsland der WB**

Am 8. Mai 2001 ist die Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) 183. Mitgliedsland der IBRD und am 11. Juni 162. Mitgliedsland der IDA geworden. Es übernimmt damit die Nachfolge der ehemaligen *Sozialistischen Bundesrepublik Jugoslawien* in der WB. Die übrigen vier Nachfolgestaaten der Sozialistischen Bundesrepublik Jugoslawien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Slowenien und Mazedonien, waren schon zuvor der WB beigetreten. Die Bundesrepublik Jugoslawien ist außerdem Mitglied des IWF und der EBRD beigetreten.

Bereits im März 2001 hatte die WB einen Treuhandfonds in Höhe von US\$ 30 Mio. bereitgestellt. Daraus sollen mittelfristige Maßnahmen zur Verbesserung der ökonomischen Situation (z.B. Rehabilitierungsprojekte im Elektrizitäts- und Abwasserbereich, aber auch Reformmaßnahmen im Finanzsektor) sowie längerfristige Aktivitäten zur Unterstützung der jugoslawischen Regierung bei der Formulierung ihrer politischen Agenda finanziert werden.

Rechtzeitig für die am 8. Mai rechtskräftig gewordenen Mitgliedschaft Jugoslawiens hat die WB eine sog. „Transitional Support Strategy (TSS)“ erarbeitet. Mit dieser Übergangsstrategie will die WB die ökonomische Entwicklung Jugoslawiens in Richtung einer funktionierenden Marktwirtschaft unterstützen.

Kernproblem für die Weltbankmitgliedschaft war die Lösung der Schuldenfrage. Denn als Nachfolgestaat der ehemaligen Sozialistischen Bundesrepublik Jugoslawien übernimmt das „neue“ Jugoslawien dessen hohen Schuldenberg von rund US\$ 1,7 Mrd. (US\$ 1 Mrd. an ausstehenden Krediten und US\$ 0,7 Mrd. an Zinsen). Dies entspricht in etwa 20% des Brutto-Inlandsproduktes des Landes. Als Lösung hat die WB sich zu einem ähnlichen Vorgehen wie im Fall Bosnien-Herzegowina entschlossen und mit der jugoslawischen Regierung einen Schuldentilgungsplan erarbeitet. Demnach werden alle Schulden (Zins und Tilgung) zusammengefasst und in dieser Höhe ein oder mehrere neue IBRD-Kredite, sog. „consolidation loan/s“, an Jugoslawien vergeben. Wie für IBRD-Kredite üblich, wird die tilgungsfreie Zeit 5 Jahre nicht übersteigen und die generelle Laufzeit maximal 30 Jahre betragen. Da aber eine wichtige Komponente des finanziellen

Hilfspaketes die Sicherstellung eines positiven Nettokapitalflusses für die ersten 3 Jahre ist, müssen bei einer jährlichen Zinsbelastung von US\$ 120-130 Mio. mindestens US\$ 130-160 Mio. pro Jahr Jugoslawien zufließen. Diese Mittel sollen vorübergehend und ausnahmsweise über IDA bereitgestellt werden (insgesamt US\$ 540 Mio. für die nächsten 3 Jahre). Dieses Vorgehen scheint auch deswegen geboten, da sich zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund einer völlig unzuverlässigen Datenlage nicht klar bestimmen lässt, ob Jugoslawien unter oder oberhalb der für IDA-Mittel geltenden Maximalgrenze von US\$ 885 Pro-Kopf-Einkommen liegt. Gleichzeitig wird Jugoslawien wie z.B. auch Indien als sog. „blend country“ kategorisiert. Es kann damit sowohl zu IBRD- als auch IDA-Konditionen Kreditmittel bei der WB aufnehmen.

Die internationale Gemeinschaft hat am 29. Juni 2001 US\$ 1,28 Mrd. in Aussicht gestellt: US\$ 449 Mio. von der EU, US\$ 540 Mio. von der WB, US\$ 66 Mio. von Deutschland, US\$ 50 Mio. von Japan und US\$ 181,6 Mio. von den USA, die aufgrund der Auslieferung des ehemaligen Präsidenten Slobodan Milosevic an das internationale Kriegsverichtsbund in Den Haag ihren Hilfsbeitrag signifikant aufgestockt hatten (um rund US\$ 78 Mio.).

#### 2.4.10 Safeguards

Hohe und richtungsweisende Standards leisten noch keine Gewähr, dass diese in der täglichen Projektarbeit auch Anwendung finden. Nachdem die Weltbank in den letzten Jahren an der Überarbeitung und Neuformulierung der **Umwelt- und Sozialstandards** unter dem Leitmotiv „do no harm“ gearbeitet hatte, mußte festgestellt werden, daß diese Standards in vielerlei Hinsicht zwar richtungsweisend waren, ihre Umsetzung jedoch nicht immer den Erwartungen entsprach. Durch Projekte wie das „Western China Poverty Reduction Project“ und die „Chad-Cameroon Pipeline“ wurden diese beiden Seiten der selben Medaille in der breiten Öffentlichkeit bekannt und heftig kritisiert. Untersuchungen des „Inspektions Panels“ kamen zum gleichen Ergebnis: Jeder Standard unterliegt der individuellen Interpretation und nicht jeder Standard der Weltbank ist eindeutig definiert; dem entsprechend sind – ohne geeignete Maßnahmen - Abweichungen bei der Umsetzung und Durchführung von Vorhaben vorprogrammiert. Dies erzwang eine Überarbeitung des bestehenden Systems und Politiken zur Sicherstellung der Einhaltung der genannten Standards („Safeguard Policies“ und Mechanismen). Dabei ging es im wesentlichen um folgende Maßnahmen:

- Stärkung der Ablauforganisation: Unter Mitwirkung der Umweltabteilung muß zukünftig jedes mit Umwelt- und sozialen Risiken behaftete Vorhaben von einer Qualitätssicherungsgruppe (**Quality and Compliance Unit**) abgenommen werden. Diese Zentralisierung von bislang dezentral gefällten Entscheidungen soll eine einheitliche Interpretation der Standards gewährleisten und die Effektivität verbessern. Ausserdem werden regionale „Safeguard Coordinators“ ernannt, welche jedoch der Umweltabteilung und der Qualitätssicherungsgruppe unterstehen.
- Verbesserung der „feed-back“ Mechanismen: Risikobehaftete Vorhaben sollen zweimal jährlich überprüft werden und sowie einer regelmäßigen Überprüfung durch die Qualitätssicherungsgruppe (**Quality Assurance Group**) unterstehen. Darüber hinaus sollen die vorgenommenen Veränder-

ungen nach Ablauf eines Jahres durch die interne Revision der Weltbank evaluiert werden.

In den genannten Kontext gehört auch die seit Jahren laufende Konversion der alten „Operational Directives“ (OD) in „Operational Policies“ (OP) und „Best Practice“ (BP), um den Projektmanagern klare Handlungsanweisungen zu geben. Während die Konversion einiger der zehn ODs bereits abgeschlossen ist, zieht sich insbesondere die Konversion der OD zum Thema **Umsiedlung** in die Länge. Eines der zentralen Streitpunkte ist die Nichtberücksichtigung der Empfehlungen der „**World Commission on Dams**“ (WCD) mit der Begründung, dass es sich bei der Überführung lediglich um eine Konversion und nicht um eine Neuformulierung handele. Zusammen mit zahlreichen Umweltorganisationen gehört die Bundesregierung zu den scharfen Kritikern dieses Vorgehens und setzt sich für die Aufnahme der wichtigsten Empfehlungen der WCD ein. Andere befürworten eine getrennte Behandlung im Rahmen der Wassersektorstrategie und spätere Aufnahme in die entsprechenden OP/BP.

Allgemein wird erwartet, dass die vorgenommenen Änderungen eine wesentliche Stärkung des Sicherungssystems zur Folge haben und die gravierendsten Mängel beheben. Gleichzeitig ist deutlich, dass erst die Praxis Auskunft über den Erfolg der Maßnahmen geben wird sowie Hinweise auf die Bereiche, in denen weitere Verbesserungen erforderlich sind.

#### **2.4.11 Geldwäsche**

Während der diesjährigen Frühjahrstagung wurde auf die destabilisierende Wirkung illegaler Finanztransaktionen („Geldwäsche“) hingewiesen und die Weltbank in ihrer Rolle bei der Bekämpfung von „Geldwäsche“ bekräftigt. Es wurde vereinbart, daß die unter starker Beteiligung der Europäer entwickelten Empfehlungen und Standards der Financial Action Task Force (FATF 40) auch für die Arbeit der Weltbank und des IWF zur Anwendung kommen und in die laufenden Aktivitäten integriert werden. Die Weltbank konzentriert und beschränkt sich bei der Bekämpfung von „Geldwäsche“ vor allem auf die strukturellen Ursachen und fördert entsprechend die Stärkung des institutionellen Umfelds mit besonderem Augenmerk auf die Entwicklung des notwendigen rechtlichen Rahmens, eines funktionsfähigen Aufsichtswesens und transparenter Geschäftspraktiken.

#### **2.4.12 Konfliktmanagement**

Die neue Leitlinie für Konflikt- oder Krisenbewältigung erweitert den bisherigen Ansatz der Weltbank um die Elemente der Konfliktvorbeugung und der Ursachenforschung. Während der bisherige Ansatz den Rahmen für die Arbeit in Post-Konflikt Situationen definierte und damit einen begrenzten Einsatzbereich fand, wird durch die neue Leitlinie der Aktionsradius der Weltbank wesentlich erweitert und die Bedeutung des Themas gestärkt. Zukünftig werden bei sämtlichen Ausleihaktivitäten das Konfliktpotenzial analysiert, Krisenherde systematisch beobachtet und Krisenursachen sowie die Wechselwirkung von Krisen und Entwicklungszusammenarbeit erforscht. Dabei geht es auch um den Anteil der Militärausgaben und deren Auswirkungen auf eine entwicklungsorientierte Politik.

### 3. Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft

Im GJ 2001 sind **Liefer- und Leistungsaufträge** aus WB- und IDA-Krediten für insgesamt US \$ 688 Mio. (Vorjahr: US\$ 807 Mio.) nach Deutschland geflossen. Dies entspricht einem **Anteil von rd. 8,52 %** an den Gesamtzusagen der WB im abgelaufenen Fiskaljahr. Gemessen am deutschen Kapitalanteil an der WB (rd. 4,61%) ist diese Bilanz positiv, gemessen am Vorjahresanteil in Höhe von rd. 9,2 % ist jedoch ein leichter Rückgang zu verzeichnen, der sich allerdings im Mittel der letzten Jahre bewegt.

Während dieser Anteil im Bereich der Consultingleistungen traditionell eher niedrig liegt (GJ: 00: 4,36%; GJ 99: 3,75%; GJ 98: 3,40%), konnte der Anteil deutscher Consultingunternehmen in diesem GJ auf 6,67% gesteigert werden. Diese sehr positive Entwicklung hält nunmehr seit zwei Jahren an und fällt zusammen mit der Einführung des ersten deutschen Consultant Trust Funds. Es ist zu vermuten, dass der Trust Fund nicht nur durch die Bereitstellung von Finanzierungen Unternehmen zu weiteren Aufträgen bei der WB verhilft, sondern darüber hinaus viele Unternehmen zur Kontaktaufnahme mit der WB motiviert.

Bei weiterer Differenzierung ergibt sich folgendes Bild: Der deutsche Lieferanteil bei WB Darlehen stieg von 11,03% (GJ 00) auf 11,97%, während sich der deutsche Lieferanteil bei IDA-Krediten leicht von 3,79% (GJ 00) auf 3,59% verminderte. Abgenommen hat ebenfalls der deutsche Anteil bei Strukturanpassungsdarlehen, der von 9,7% auf 8,52% fiel. Allerdings ist zu beachten, dass dieser Wert lediglich auf der Basis von Außenhandelsstatistiken geschätzt wird und nicht konkrete Geschäftsabschlüsse wiedergibt. Bei Betrachtung längerer Zahlenreihen liegen die Daten jedoch im Mittel der letzten fünf Jahre, weshalb weitergehende Trends sich nicht aus den Daten ableiten lassen.

Die Konkurrenz um Aufträge der WB ist im allgemeinen sehr groß und ermöglicht vielen Unternehmen den Einstieg in ansonsten stark risikobehaftete Länder und Sektoren. Durch eine sorgfältige Projektvorbereitung und Prüfung seitens der WB werden diese Risiken jedoch gemindert und die Durchführbarkeit und eine ordnungsgemäße Projektabwicklung in hohem Maße sicher gestellt. Die Ausschreibungsunterlagen werden geprüft und die Angebotsauswertung erfolgt nach genau festgelegten Kriterien. Diese begleitende Unterstützung führt dazu, dass weltbankfinanzierte Aufträge aus einem Entwicklungsland für ein privates Unternehmen eher zu einem Geschäft und nicht zu einem Abenteuer werden. Die Attraktivität von Weltbankaufträgen für deutsche Unternehmen ist daher verständlich. Das Büro des deutschen Exekutivdirektors versteht sich deshalb auch als **Anlauf- und Beratungsstelle für die deutsche Wirtschaft**.

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres sind in diesem Zusammenhang folgende Initiativen und Institutionen hervorzuheben:

- Der **deutsche Consultant Trust Fund** erfreut sich regen Zuspruchs. Das Interesse auf beiden Seiten (WB und Unternehmen) übersteigt bei weitem die verfügbaren Mittel. Insgesamt wurde der Trust Fund mit DM 4 Mio ausgestattet, die der WB für die Geschäftsjahre 2000 und 2001 zur Verfügung stehen. Der Trust Fund soll deutschen Consulting Unternehmen den Einstieg in das Geschäft mit der WB



erleichtern und der WB Mittel zur Durchführung umweltrelevanter Gutachten sowie zur Vorbereitung von Vorhaben aus dem Umweltbereich bereitstellen. Das maximale Auftragsvolumen beträgt US \$ 100.000. Die Auftragsvergabe ist für 75% der Gesamtmittel an deutsche Consultants und Consultingunternehmen gebunden. Bis zum Ende des Geschäftsjahres wurden 21 Verträge über rd. DM 2,5 Mio mit deutschen Consultants und Consultingunternehmen abgeschlossen. Vor allem kleinere Consultingunternehmen finden sich unter den Auftragnehmern, aber auch Namen wie das Fraunhofer Institut, die Sozietät für Entwicklungsplanung und die Stadtwerke Leipzig.

- Das **Land Bayern** plant die Einrichtung eines mit **DM 5 Mio.** ausgestatteten **Consultant Trust Funds** bei der International Finance Cooperation (IFC). Die IFC ist eine Tochter der WB, die - ähnlich der DEG - private Unternehmen bei der Finanzierung von Direktinvestitionen in Entwicklungsländer unterstützt (siehe auch Anhang). Die Mittel stammen aus der Hochtechnologieinitiative des Landes und sollen bayrischen Unternehmen den Einstieg in das Geschäft mit der IFC erleichtern.
- Parallel zur Einrichtung des ersten bayrischen Consultant Trust Funds soll auch ein **Kontaktbüro in Washington** eröffnet werden, das als Anlaufstelle für bayrische Unternehmen die Zusammenarbeit mit der Weltbankgruppe intensivieren soll. Das Büro zielt überwiegend auf kleinere und mittlere Unternehmen sowie auf Unternehmen aus dem Consultingbereich.
- Das **Business Partnership Center** der WB hat sich im vierten Jahr seines Bestehens weiter etabliert. Im Zusammenhang mit der Weltbankstrategie für den Privatsektor wird die Bedeutung des Centers als zentrale Anlaufstelle für private Unternehmen zur Geschäftsanbahnung und bei der Kontaktaufnahme mit der Weltbankgruppe weiter steigen. Es stellt umfangreiche Informationen zu den Aufgaben und Instrumenten der gesamten Weltbankgruppe zur Verfügung, berät Unternehmen, vermittelt Kontakte in die WB und organisiert Seminare zum Ausschreibungsverfahren und Beschaffungswesen, an welchem auch in diesem Jahr Vertreter der deutschen Wirtschaft und der BfAI teilnahmen. (Business Partnership Center, 1818 H-Street N.W., Washington DC 20433, Tel.: 202-522-4272, Fax: 202-522-1727, Email: [business\\_partner@worldbank.org](mailto:business_partner@worldbank.org), Internet: <http://www.worldbank.org/business/>).
- Das **Büro der Weltbankgruppe in Deutschland** erfreut sich ebenfalls starken Zuspruchs. Es hat seinen Standort in Frankfurt/Main und fungiert als Anlaufstelle und Beratungsinstanz für die deutsche Wirtschaft. Das Büro wird von Herrn Oltmann Siemens geleitet, die Kontaktanschrift lautet: (Bockenheimer Landstrasse 109, 60325 Frankfurt/Main, Tel.: 069-743-48230, Fax: 069-743-48239, Email: [osiemens@ifc.org](mailto:osiemens@ifc.org)).
- Das vor einigen Jahren ins Leben gerufene **Staff Exchange Program** mit der Wirtschaft erfreute sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr großer Beliebtheit. Im Rahmen des Programms hospitieren z. Zt. 7 Mitarbeiter aus deutschen Unternehmen für etwa 2 Jahre in verschiedenen Abteilungen der Weltbankgruppe. Im Gegenzug sind die Unternehmen bereit, Mitarbeiter der WB in ähnlicher Weise aufzunehmen (z.Z. sind 2 Weltbankmitarbeiter bei Siemens und der Dresdner Bank). Derzeit wird das Staff Exchange Program der WB von den deutschen Unternehmen,

bzw. Institutionen Siemens, Deutsche Bank, Deutsche Post, GTZ und FAO genutzt (siehe auch Kap. 4).

#### 4. Deutsche Mitarbeiter in der Weltbankgruppe

Zum Ende des Geschäftsjahres 2001 wurden in der **Weltbankgruppe 10.614 Mitarbeiter**<sup>1</sup> (Zentrale 8.007 und vor Ort 2.607) gezählt. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich damit die Gesamtzahl der Mitarbeiter in der Weltbankgruppe von 11.103 um 489 reduziert (- 4,4 %). 1999 waren es noch 11.135 Mitarbeiter.

Wenn man die Mitarbeiterzahlen aufschlüsselt, wird deutlich, dass die weitreichende Personalreform aus dem Jahre 1999 Früchte trägt: Die Zahl der Long-Term-Consultants wurde zugunsten regulärer befristeter und unbefristeter Mitarbeiter mit entsprechender Arbeitsplatzsicherheit und Sozialleistungen vollständig abgebaut. Die Zahl der Short-Term-Consultants hat sich auf hohem Niveau stabilisiert: 1999: 5.228; 2000: 6.701; 2001: 6.426.

Seit der Personalreform 1999 unterscheidet die WB **zwischen internationalen<sup>2</sup> und nationalen<sup>3</sup> Mitarbeitern**. In der Zentrale wurden zum Ende des Geschäftsjahrs 2001 4.352 internationale Mitarbeiter gezählt (davon 526 zeitweilig vor Ort versetzt). Die Daten bestätigen erstmals nach drei Jahren einen **Personalmrückgang** bei den Internationalen Mitarbeitern im Vergleich zum Vorjahr um 166 Stellen. Dies ist auf den einschneidenden Stellenabbau zurückzuführen, den die Bank im Rahmen der Budgetkonsolidierung durchführte.

Wenn man sich die internationalen Mitarbeiter unter dem Aspekt des Nationalitätenmixes ansieht, dominieren die US-Amerikaner weiterhin in der WB mit 26,1% im Geschäftsjahr 2001 (25,9% 2000), obwohl die USA nur einen IBRD-Kapitalanteil von 16,87% haben. Dies ist zwar ein fragwürdiger Indikator, doch der IBRD-Kapitalanteil wird meist als Orientierungsgröße für den jeweiligen nationalen Personalanteil herangezogen.

Im Rahmen der Reformdiskussion zum Personalbereich hat die deutsche Seite, im Einklang mit einigen anderen Exekutivdirektoren im Board und im Personalausschuß, immer wieder eine größere Diversifizierung der Weltbankgruppe gefordert. Unter Diversifizierung ist dabei nicht nur der ausgeglichene Nationalitätenmix gemeint. Es umfasst v.a. auch die Rekrutierung von Mitarbeitern aus allen Hochschulsystemen (bisher Bevorzugung angelsächsischer Hochschulen) und den Einsatz vielfältiger Berufsprofile, um den steigenden Anforderungen gewachsen zu sein; es beinhaltet aber auch Geschlecht, Hautfarbe und Religion. Die Umsetzung der verstärkten Diversifizierung wird vom Exekutivdirektorium eng überwacht, zeigt bisher aber nur mäßige Erfolge.

Was den **Frauenanteil** an den Mitarbeitern angeht, so ist ein verhaltener, positiver Trend zu verzeichnen: gerechnet am Gesamtpersonal stieg die Anzahl der weiblichen Mitarbeiter geringfügig von 31,7% (GJ 2000) auf 32,5% (GJ 2001); der **deutsche**

<sup>1</sup> Hierzu zählen reguläre Mitarbeiter mit unbefristeten und befristeten Arbeitsverträgen. Nicht eingerechnet werden Angestellte mit einem Arbeitsvertrag von bis zu 190 Tagen im Jahr (Short-Term-Consultant).

<sup>2</sup> Internationale Mitarbeiter werden weltweit rekrutiert, sie erhalten zusätzliche finanzielle Leistungen für bspw. Umzug und Neuansiedlung.

<sup>3</sup> Nationale Mitarbeiter sind in der Zentrale i.d.R. „support staff“ bis Grad D/E; vor Ort stellen sie gut 80% der Mitarbeiter.

**Frauenanteil** hingegen **stieg deutlich von 1,9%** im GJ 2000 **auf 2,5%** im GJ 2001 (Anstieg um 9 Stellen).

**Tabelle Internationale Mitarbeiter in der Weltbankgruppe nach Nationalitäten**

	Anzahl Higher Level Staff			Personalanteil in %		
	2000	2001	Veränderung gegenüber Vorjahr	2000	2001	IBRD-Stimmrechtsanteil
<b>Gesamt</b>	<b>4518</b>	<b>4352</b>	- 3,7%	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,00</b>
USA	1171	1136	- 2,9%	25,9	26,1	16,41
Japan	113	115	+ 2%	2,5	2,6	7,86
Deutschland	129	131	+ 2%	2,9	3,0	4,49
UK	292	279	- 4,5%	6,5	6,4	4,31
Frankreich	225	222	- 1%	5,0	5,1	4,31
Kanada	206	194	- 6%	4,6	4,5	2,79
Italien	78	78	0%	1,7	1,8	2,79

Im Geschäftsjahr 2001 haben 470 internationale Mitarbeiter die WB verlassen, darunter 14 Deutsche.

Die Zahl der **Deutschen**, die als internationale Mitarbeiter eingestellt sind, hat sich im Geschäftsjahr 2001 von 129 auf 131 erhöht und **hat erstmals seit sieben Jahren wieder die 3,0% Marke erreicht**. Dies ist in Anbetracht des eingangs erwähnten Stellenabbaus, der in diesem Geschäftsjahr stattgefunden hat, in absoluten und relativen Zahlen ein sehr gutes Ergebnis. Hinzu kommen 28 nationale Mitarbeiter, davon 10 in der Stufe E (ehemals unterste Stufe für ‚professional‘) und 3 in den Stufen GF-GK. Somit arbeiten insgesamt 159 Deutsche in der Weltbankgruppe.

Unser Ziel für die nächsten Jahre muss es aber sein, auch mit Hilfe der deutschen Personalprogramme (vgl. unten) den deutschen Personalanteil in der WB prozentual wie auch in absoluten Zahlen weiter zu steigern.

Peter Woicke ist als Leiter der IFC und als einer der 5 Geschäftsführenden Direktoren (Managing Directors) der ranghöchste Deutsche in der WB. Ein weiterer Deutscher in **Spitzenfunktion** in der WB ist Johannes Linn, Vizepräsident, zuständig für Mittel- und Osteuropa sowie die Staaten der früheren Sowjetunion. Im mittleren und höheren Management (Grad H und höher) ist Deutschland mit 45 Mitarbeitern (2000: 43) oder 3,1% (2000: 3%) vertreten. Damit ist auch die Zahl der Deutschen im Management der Weltbankgruppe nominal und prozentual leicht angestiegen.

Minimal ist der Anteil **deutscher Short-Term Consultants** (Geschäftsjahr 2001: 127 von 6.426, entspricht 1,97%) in der Zentrale, also der temporär, meist als ‚professionals‘ Beschäftigten. Die Überrepräsentanz der USA ist hier auch aufgrund des ‚Heimvorteils‘ noch größer als bei den regulären Bediensteten. Die Long-term-consultancy wurde, wie in der Personalreform 1999 angestrebt, erfolgreich abgeschafft.

Wichtige Instrumente für die mittel- und langfristige Erhöhung des deutschen Personalanteils in der Weltbankgruppe sind die **Nachwuchs- und Personalprogramme**. Die Teilnahme am höchst kompetitiven **Young Professional Program (YP)**<sup>1</sup> der WB ist meist der erste Schritt zu einer guten Karriere. Von den im GJ 2000 ausgewählten 41 YPs hat sich leider keiner der drei vorgeschlagenen Deutschen in der Endrunde qualifizieren können.

Für das Programm 2001 hatten sich immerhin 7 Deutsche (entspricht knapp 5% des ganzen Pools) für die letzte Runde qualifiziert, von denen einer angenommen wurde.

Die im Lauf der letzten vier Jahre mit der WB vereinbarten Programme zur mittel- und langfristigen Erhöhung des deutschen Personalanteils sind sehr gut angelaufen und erfreuen sich lebhafter Nachfrage:

- **Beigeordnete Sachverständige oder „Junior Professional Program (JPO)“:** Das vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanzierte Nachwuchsprogramm ist im Juli 1997 auf die WB ausgedehnt worden. Junge Berufstätige bis zu 32 Jahren werden für normalerweise zwei Jahre in entwicklungspolitisch relevanten Arbeitsbereichen der WB eingesetzt. Das „Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO)“ in Bonn ist auf der deutschen Seite für eine erste Kandidatenauswahl und die technische Betreuung des Programms zuständig. Die WB identifiziert die Stellen und wählt die Kandidaten endgültig aus. Der Erfolg dieses Programmes kann nur mittel- und langfristig gemessen werden. Während aus dem ersten Jahrgang (1997) von den vier JPOs nur einer von der WB übernommen wurde, sehen die Zahlen für den zweiten Jahrgang (1998) besser aus: von den fünf JPOs haben drei einen 3-Jahres-Anschlussvertrag erhalten. Von den vier JPOs des dritten Jahrgangs (1999) hat einer das Programm vorzeitig abgebrochen und zwei haben bisher einen Anschlussvertrag erhalten.
- **Nationales Expertenprogramm:** Bis zum Ende des Geschäftsjahrs 2000 haben zwei Nationale Experten (BMF, BMBF) in der WB gearbeitet. Einer hat seitdem einen regulären Weltbankvertrag erhalten, der andere ist zur Europäischen Kommission gewechselt. Das BMZ sah sich aus Haushaltsgründen nicht in der Lage, Mittel für eine „Nationale Experten“-Stelle bereitzustellen. Das ursprünglich allein auf die Bundesministerien beschränkte Programm wurde auf die Landesministerien, die nachgeordneten Behörden, die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), die Deutsche Bundesbank sowie Universitäten und Forschungsinstitute erweitert. Nach der Angebots- und Bedarfsformulierung legt die Weltbankgruppe Stellenbeschreibungen vor; danach werden geeignete deutsche Kandidaten identifiziert. Bei der Entsendung von bis zu drei Jahren wird das deutsche Inlandsgehalt von der entsendenden Institution weiter bezahlt; die WB übernimmt die Differenz zum regulären Weltbankgehalt und andere Kosten (insgesamt ca. die Hälfte der Gesamtkosten). Ende des GJ 2001 wurde der Vertrag mit einem KfW Mitarbeiter abgeschlossen, der als Nationaler Experte für 2 Jahre zur GEF-Einheit der WB entsandt wird. Die Verträge für die Entsendung zwei weiterer KfW-Mitarbeiter sind in Vorbereitung. Auch der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) prüft derzeit die Möglichkeit der Entsendung eines Nationalen Experten.

**Austauschprogramm mit der Wirtschaft:** Es beteiligten sich fünf deutsche Unternehmen bzw. Institutionen (Siemens, Deutsche Bank, Deutsche Post, GTZ, FAO )

an dem von Präsident Wolfensohn initiierten Austauschprogramm mit internationalen Wirtschaftsunternehmen. Im GJ 2001 waren insgesamt sieben Mitarbeiter von diesen Unternehmen/Institutionen in die WB sowie zwei Weltbankmitarbeiter in deutsche Firmen entsandt (Siemens, Dresdner Bank)

Das **Junior Professional Associates Program** der WB ist ein Ende des Geschäftsjahres 2001 initiiertes neues Förderungsprogramm der Bank. Es wendet sich an Studienabgänger, die nicht älter als 28 Jahre sind und mindestens das Äquivalent eines „bachelor degrees“ besitzen bei gleichzeitigem Vorweis relevanter praktischer Erfahrungen. Die Anstellung ist auf zwei Jahre befristet mit der Möglichkeit eines späteren Wiedereinstiegs in die Weltbankgruppe (bei näherem Interesse: <http://www.worldbank.org.jobs&scholarships>).

## 5. Geschäftstätigkeit der Weltbankgruppe

### 5.1 IBRD und IDA (vgl. auch Anlage 1)

Im GJ 01 billigte das Exekutivdirektorium insgesamt 225 IBRD/IDA-Projekte mit einem **Zusagevolumen** von rund US\$ 17,3 Mrd. Davon entfielen 91 Projekte mit Darlehenszusagen von US\$ 10,5 Mrd. auf die IBRD. Dies ist ein um etwa 4% geringeres Ergebnis als im letzten Jahr (US\$ 10,9 Mrd. bei 97 Projekten). 134 Projekte mit einem Kreditzusagevolumen von US\$ 6,8 Mrd. entfielen auf IDA, ein um 55% höheres Ergebnis als im Vorjahr. Damit ist das diesjährige Gesamtergebnis von IBRD und IDA um rund US\$ 2 Mrd. höher als im letzten Jahr. Der Anteil von IDA an den gesamten Darlehenszusagen beträgt 39%. 60% der neuen Projekte wurden über IDA finanziert.

Die **Auszahlungen** betragen bei der IBRD US\$ 11,8 Mrd., rund 2% geringer als im Vorjahr. Bei IDA sind diese um 6% gestiegen und belaufen sich nunmehr auf US\$ 5,5 Mrd.

**Regional** betrachtet ist das Zusagevolumen in der Region Lateinamerika/Karibik am stärksten gestiegen und macht mit US\$ 5,3 Mrd. rund 30% des gesamten Zusagevolumens von IBRD und IDA aus. Damit ist zum ersten Mal in der Geschichte der WB die Region Afrika auf den zweiten Platz gekommen. Die US\$ 3,4 Mrd., die in die Region Afrika gingen, wurden vollständig über IDA finanziert. Afrika vereinigt aber weiterhin die meisten Projekte auf sich, insgesamt 60 oder 27% aller Projekte. Hervorzuheben ist außerdem der starke Anstieg der Kreditzusagen in der Region Südasien: um 54% auf US\$ 3,2 Mrd. im Vergleich zum Vorjahr.

**Sektoral** ist in diesem GJ das Zusagevolumen im sozialen Bereich signifikant gestiegen. 64 Operationen mit einem Gesamtbetrag von US\$ 3,5 Mrd. oder 20% des Zusagevolumens von IBRD und IDA gingen in diesen Sektor. Im GJ 00 waren es nur 55 Operationen mit einem Zusagevolumen von US\$ 2,7 Mrd. Innerhalb des sozialen Sektors ist der Bereich Erziehung leicht von 4% auf 5% des gesamten Zusagevolumens gestiegen. Insgesamt 20 Operationen in Höhe von US\$ 794 Mio. wurden von IBRD und IDA zugesagt. Verglichen mit den Geschäftsjahren 92 bis 99, in denen durchschnittlich 8% der Gesamtzusagen in den Erziehungsbereich gingen, hat dieser Bereich damit noch nicht wieder seinen alten Stand erreicht.

Unter den **Netzwerken** ist das Netzwerk für Privatsektor und Infrastruktur (PSI) weiterhin führend mit 77 Operationen und einem Zusagevolumen von US\$ 5,9 Mrd. Dies entspricht 34% der gesamten Neuzusagen.

Die **IBRD** erwirtschaftete im GJ 01 einen **Gewinn** von US\$ 1,489 Mrd. Dieser liegt damit um rund 25% unter dem des Vorjahres von US\$ 1,991 Mrd. Wesentliche Ursache für den Rückgang sind die in diesem Jahr erheblich höheren Einstellungen in die Reservenbildung für zu erwartende Verluste (sog. „loan loss provisions“), bedingt durch die Erhöhung des Risikos einiger großer Länder sowie die Situation in den Staaten Simbabwe und Elfenbeinküste. Die Verwendung des verteilbaren Gewinns für das GJ 02 in Höhe von US\$ 1,12 Mrd. (rund 29% niedriger als im Vorjahr) wurde wie folgt beschlossen: US\$ 618 Mio. Einstellung in die allgemeine Reserve, US\$ 302 Mio. für

IDA, US\$ 100 Mio. für den HIPC-Treuhandfonds sowie US\$ 100 Mio. für das Surplus-Konto.

Die **Zahl der Mitglieder der IBRD** ist im GJ 01 auf **183** gestiegen. Neu hinzugekommen sind die Bundesrepublik Jugoslawien und San Marino. Bei **IDA** ist die Bundesrepublik Jugoslawien als **162.** Mitgliedsland aufgenommen worden.

## 5.2 Internationale Finanzkorporation (IFC) (vgl. auch Anlage 2)

Im GJ 2001 fiel die Anzahl der vom Exekutivdirektorium genehmigten Projekte leicht von 259 auf 240 Vorhaben, während das Finanzierungsvolumen der IFC von US \$ 3,5 Mrd. auf rd. US \$ 3,75 Mrd. stieg. Mit dem GJ 2001 verlässt die IFC jedoch die bisherige Ausweisungspraxis mit der Konzentration auf genehmigte Vorhaben und wird sich zukünftig stärker an den tatsächlich getätigten **Vertragsabschlüssen** orientieren. Diese lagen im abgelaufenen Geschäftsjahr bei **US \$ 4,03 Mrd.**, - eine Steigerung von 3% gegenüber dem Vorjahr (US \$ 3,9 Mrd.), aber noch immer 25% unter den Abschlüssen vor Beginn der Finanzsektorkrise vor drei Jahren (GJ 98: US \$ 5.14 Mrd.), was die weiterhin bestehende Vorsicht privater Investoren gegenüber Investitionen in risikoreichen Ländern aufzeigt. An den genannten Vertragsabschlüssen waren **IFC-Darlehen** mit US \$ 1,56 Mrd., **IFC-Eigenkapitalbeteiligungen** mit US \$ 626 Mio. und **IFC-Garantieübernahmen** mit US \$ 547 Mio. beteiligt. Über Syndizierungen an Geschäftsbanken ("participants loans") konnten US \$ 1,3 Mrd. mobilisiert werden.

Im Gegensatz zu den aggregierten Geschäftszahlen ergeben sich bei der **regionalen Verteilung** einige Veränderungen. So konnte die sehr hohe Steigerung des genehmigten Investitionsvolumens im südlichen Afrika im Vorjahr von 10,2% auf 21,6% nicht gehalten werden - der Anteil fiel auf 10,7% zurück. Während die Zusagen für die Hauptregion Asien (ohne Zentralasien) von 26% auf 33% gesteigert wurden, ging der Anteil in der anderen Hauptregion Lateinamerika von 34% auf 28% zurück. Gesteigert werden konnte der Anteil Osteuropas und Zentralasiens von 14% auf 19% sowie der Anteil des Mittleren Ostens und Nordafrikas von 2% auf 9%. Trotz dieser im Wesentlichen um ein langjähriges Mittel schwankenden Anteile, stieg der **Anteil der Geschäftstätigkeit der IFC in den ärmsten Ländern** von US \$ 694 Mio. (in GJ 99) auf US \$ 1,2 Mrd.

Sektoral bildet auch im GJ 2001 der Finanzsektor den **sektoralen Investitionsschwerpunkt** der IFC. 39% der Mittel oder US \$ 1,5 Mrd. der Neuinvestitionen gingen an kommerzielle Banken, Mikrofinanzinstitutionen, Leasing-Unternehmen, Pensionsfonds, Börsen und Ähnliches. Daneben spielen Infrastrukturinvestitionen (US \$ 956 Mio) – einschließlich der Informationstechnologie mit US \$ 379 Mio - die größte Rolle. Im Wesentlichen ergibt sich im Vergleich zu den Zahlen des Vorjahres kein wesentlich verändertes Bild. Bemerkenswert ist lediglich, dass das hohe Zusagevolumen des Vorjahres im Gesundheits- und Bildungssektor in etwa gehalten wurde. Nach US \$ 24 Mio. im GJ 99 stieg der Anteil im GJ 2000 auf US \$ 132 Mio. und liegt nunmehr bei US \$ 81 Mio. Die zukünftige Relevanz der beiden Sektoren für die IFC war auch diesem Jahr im Direktorium umstritten.

Weder die regionalen noch die sektoralen Veränderungen geben einen Hinweis auf die zunehmende Konzentration der IFC auf sogenannte „**Frontier Markets**“, womit



besonders risikoreiche Investitionen in schwierigem Umfeld mit hoher Entwicklungswirkung gemeint sind. Bei diesem Ansatz werden die verschiedenen Investitionsvorhaben regional und sektoral, aber auch nach Produkten und der Unternehmensgröße differenziert. Entscheidend ist jeweils die Entwicklungswirkung einer Investition in ihrem konkreten Kontext. Anhand einer Untersuchung in drei weniger risikoreichen Ländern (Argentinien, Süd-Afrika und China) konnte exemplarisch gezeigt werden, dass sich die Mehrzahl der Investitionen auf den Bereich der „Frontier Markets“ zielt (Argentinien: 100%; Süd-Afrika: 50%; China: 82%).

Sorgen bereitet der hohe und weiterhin **steigende Anteil von risikobehafteten Vorhaben**. Aufgrund der angespannten Weltwirtschaftslage und der prekären Situation in einzelnen Ländern und Regionen mussten auch in diesem Jahr wieder umfangreiche Rückstellungen (US \$ 402 Mio.) gebildet werden, welche das Nettoeinkommen der IFC belasteten, das von US \$ 380 Mio. (GJ 00) auf US \$ 345 Mio. fiel. Mit einem verbesserten Risiko- und Portfoliomanagement sowie einer intensiveren Begleitung laufender Vorhaben wird die IFC dieser Entwicklung entgegensteuern, es wird jedoch erwartet, daß sie auch die Bilanzen der kommenden Jahre belasten wird.

Erfreulich stellt sich die **Umweltbilanz der IFC** dar: So ist die Umweltabteilung der IFC von einer Person in 1990 auf inzwischen 40 Experten/innen angewachsen. Derzeit wird an der Entwicklung eines Qualitätsindikators zur laufenden Überwachung der Umwelt und Sozialstandards gearbeitet. Die IFC gilt inzwischen weltweit als führend im Umweltbereich. Darüber hinaus versucht die IFC neuerdings, nicht nur entsprechend dem Leitmotiv „do no harm“ die Umweltauswirkungen so gering wie möglich zu halten, sondern stärker und proaktiv **Vorhaben mit einem positiven Umwelteffekt** zu fördern. So finanziert die IFC in Ecuador den Anbau von Bananen, die mit dem Zertifikat „ecofriendly“ versehen sind. Die Auswahl des Vorhabens war nicht zufällig und die IFC hofft, durch diese Förderung den Produktionsstandard mittelfristig auf ein höheres, umweltfreundlicheres Niveau zu heben. Daneben wurden Fonds geschaffen, deren vornehmstes Ziel die Förderung von Sonnenenergie, Energieeffizienz und die Erhaltung der Biodiversität ist.

Im GJ 2001 sind keine **Mitgliedsstaaten** hinzugekommen, so daß die IFC weiterhin 175 Mitgliedsländer zählt.

Geschäftsführender Vizepräsident der IFC ist weiterhin der Deutsche Peter Woicke, der auch als einer der fünf Managing Directors der IBRD (zweite Ebene unter dem Präsidenten) verantwortlich ist für den Privatsektor in der Weltbankgruppe.

### **5.3 Multilaterale Investitionsagentur (MIGA) (vgl. auch Anlage 3)**

Das GJ der MIGA verlief trotz oder vielleicht auch gerade wegen der schwierigeren Rahmenbedingungen wiederum sehr erfolgreich. Insgesamt konnten **66 Garantieverträge (GJ 00: 53) über rd. US\$ 2 Mrd.** (GJ 00: US\$ 1,6 Mrd.) abgeschlossen werden. Das ist eine Steigerung des Geschäftsvolumens um 25% (GJ00: 23%; nach 60% in GJ99). Die hierdurch mobilisierten Investitionsmittel in Höhe von rd. US\$ 5,2 Mrd. verteilen sich auf 28 Länder, wobei etwa ein Fünftel der Mittel in besonders unterentwickelte IDA Länder fließen werden und acht Garantieverträge für sogenannte Süd-Süd

Investitionen genehmigt wurden. Erstmals wurden Garantieverträge für Investitionen in Jordanien, Panama und Togo abgeschlossen.

Die **regionale Konzentration** der MIGA lag auch im GJ 2001 auf Ländern in Lateinamerika und der Karibik, deren bereits hoher Anteil des genehmigten Garantievolumens von 53% auf 64% nochmals gesteigert wurde. Nicht gehalten werden konnte das vergleichsweise hohe Garantievolumen des letzten Jahres an Afrika (18,6%), - der Anteil fiel auf 9%. Garantien für Investitionsvorhaben in Europa und Zentralasien machten 20% aus. Weiterhin unterrepräsentiert ist der Anteil Asiens mit 5% sowie der Mittlere Osten mit nur 2%. Die regionale Verteilung, insbesondere unter Risikogesichtspunkten bleibt somit weiterhin suboptimal. Erfolgreich waren jedoch Versuche, das Lateinamerikaportfolio als solches zu restrukturieren, so dass sich das Risiko heute über mehrere Länder verteilt, die untereinander weniger verbunden sind. Das MIGA Management beabsichtigt, in den kommenden Jahren den Anteil Lateinamerikas auf etwa ein Drittel am Gesamtportfolio zu reduzieren.

**Sektoral** haben sich einige größere Umschichtungen ergeben. Der hohe Anteil an Garantien für Infrastrukturvorhaben ist von rd. 50% auf 30% gesunken. Die Finanzdienstleistungen stiegen von 20% auf 38%. Die seit Jahren zu beobachtenden Schwankungen sind überwiegend zufallsbedingt bzw. von spezifischen Faktoren abhängig. MIGA betont, dass diese Schwankungen nicht überinterpretiert werden sollten, da sich das Portfolio weiterhin im Aufbau befindet und auch in den kommenden Jahren mit nicht vorhersehbaren Ausschlägen zu rechnen sei.

Am stärksten genutzt werden **MIGA-Garantien** von Investoren aus den **Niederlanden** (17% am Gesamtportfolio), den USA (16%) und England (12%). Der deutsche Anteil liegt bei etwa 5% an MIGA's Gesamtportfolio, was in etwa dem Kapitalanteil (3,8%) Deutschlands an der MIGA entspricht. Die teilweise überraschende Verteilung erklärt sich überwiegend aus dem Verhältnis der Produktpalette der MIGA zum Garantieangebot im eigenen Land.

Neben dem Garantiegeschäft hat sich das **Dienstleistungsangebot der MIGA** im Rahmen der Unterstützung von Investitionsförderungsaktivitäten weiter etabliert. IPAnet (<http://ipanet.net>) und die **Privatisierungsinitiative** "Privatization-Link" ([www.privatizationlink.com](http://www.privatizationlink.com)) mit über 700 Unternehmensbeschreibungen in 70 Ländern werden weiterhin stark frequentiert. Außerdem wurden 59 Aktivitäten im Rahmen langfristiger Förderprogramme zur Verbesserung des Investitionsklimas durchgeführt. Die Mehrzahl der Aktivitäten fand in sehr armen Ländern statt. Hervorgehoben sei auch, dass ein von der MIGA erarbeitetes „**Toolkit**“ zur **Förderung von Investitionen** nach seiner Veröffentlichung zum „Renner“ unter den Publikationen der Weltbank wurde.

Das Angebot an Technischer Hilfe wird ergänzt durch die **Rechtsbeihilfe**, die Mitgliedsländer in verschiedenen Bereichen des Rechtswesens (inklusive Mediation bei Disputen) unterstützt. Unter anderem erhielt MIGA den Auftrag der äthiopischen Regierung, bei der **Regelung ausstehender Enteignungsfälle** behilflich zu sein. Die überwiegend aus den 70er Jahren stammenden Enteignungen - darunter einige deutscher Investoren - belasten das Investitionsklima schwer und verhindern den Zufluß ausländischen Kapitals. Die MIGA versucht, zwischen den Parteien zu vermitteln, nimmt Ansprüche entgegen und prüft deren Zulässigkeit. Alle Parteien hoffen, mit Hilfe der MIGA dieses seit Jahren bestehende Investitionshemmnis einvernehmlich zu beseitigen.

Im GJ 2001 konnte die **Zahl der Mitgliedsländer** weiter ausgeweitet werden und hat sich um zwei Staaten (Zentralafrikanische Republik und Thailand) auf 154 Staaten erhöht.